

Stenografisches Protokoll.
16. Sitzung des burgenländischen Landtages.

Dienstag, den 8. Mai 1923.

Inhalt.

Mitteilung des Präsidenten und Bekanntgabe des Einlaufes (295).

Dringliche Anfragen:

1. Dr. Wagast, Anerkennung der Gewerbeausübungsrechte der burgenländischen Gewerbetreibenden in den Bundesländern Österreich. — Redner: Dr. Wagast (297), Landesrat Dr. Ratz (297);
2. Mosler, Schneider, Wimmer, Till, Einfuhr fremdländischer Landarbeiter in das Burgenland; Vorgang der Gendarmerie in Tadten — Redner: Mosler (296 u. 314), Landeshauptmann-Stellvertreter Leser (302 u. 313), Vas (303), Koch (304), Wimmer (305); Landeshauptmann (309 u. 314), Kögl (309), Schneider (309 u. 314), Till (310), Wolf (311 u. 316), Gangl (312).

Anfragen:

1. Gesell, definitive Anstellung der Schulinspektoren, Bezirksärzte und Tierärzte;
2. Wolf:
 - a) beabsichtigte Sperrung der von Kaiser-Steinbruch nach Winden, Breitenbrunn usf. führenden neuen, so wie der von Neusiedl nach Wilfleinsdorf führenden alten Straße,
 - b) Zurücksetzung der burgenländischen Postunterbeamten gegenüber ihren Berufsgenossen in Altösterreich,
 - c) Schutz der burgenländischen Gewerbetreibenden (Maurer, Zimmerleute),
 - d) Sperrung einer wichtigen Verkehrsbrücke in Waldern,
 - e) Notlage der burgenländischen ehemaligen ungarischen Postmeister.

Dringlichkeitsanträge:

1. Koch, Auflassung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für die Lehrlinge — Redner: Koch (317);
2. Mosler, Errichtung eines Gewerbeberichtes in Eisenstadt — Redner: Mosler (317).

Anträge:

1. Hajszanyi, Ausbau einer Landesstraße von St. Michael bis Neuberg;
2. Mosler, Vorlage eines Entwurfes über ein Straßenbezirksgesetz;
3. Fischl, Reorganisation der burgenländischen Feuerwehren;
4. Koch, Erweiterung des Landesgesetzes:
 - a) vom 11. Oktober 1922 (Änderung der Jagd- und Fischereipachtschillinge),
 - b) vom 28. September 1922 (Einhebung einer Landesabgabe für Vergnügen).

Gesetzesentwürfe, betr. :

1. Führung des Landeshaushaltes in der Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 1923 Berichterstatter Koch (295 u. 296) - Redner: Gesell (296), Dr. Wagast (296);
2. Einhebung einer Gemeindeabgabe nach gewerbsmäßiger Vermietung von Wohnräumen (Frem-

sich ein Bundesland auch nur eine unserer Einrichtungen zum Muster genommen hat. Ich bitte mich nicht mißverstehen zu wollen: Es macht mir keine Freude, Kritik üben zu können. Wenn es jemand gut und ehrlich mit dem Burgenlande meint, wenn es jemand am kulturellen und wirtschaftlichen Aufstreben des Burgenlandes im Rahmen des österreichischen Bundesstaates gelegen ist, wenn jemand den Anschluß an das vielgeprüfte deutsche Mutterland herbeisehnt, so bin ich es! Ich möchte nur erreichen, daß ich je früher je lieber den Ungarn stolz zurufen könnte: Sehet, alles, was ihr jemals am Burgenlande gesündigt habt, was ihr jemals im Burgenlande versäumt habt, das hat das schwache, vielgeschmähte Österreich aus uneigennützigster Bruderliebe in kurzer Zeit gutgemacht. Wenn wir nun das gegenwärtige Provisorium annehmen und dafür stimmen, so tun wir es in der Hoffnung, daß das Definitivum bald folgen wird und daß bis dahin auch die übrigen Provisorien aus der Welt geschafft werden. *(Beifall)*

Dr. Wagast: Zu den Worten des Kollegen Gesell, welcher die Frage gestellt hat, warum wieder ein Provisorium zur Verhandlung steht, muß ich namens meiner Partei auch etwas beifügen. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß ein Landtag ohne Budget nicht arbeiten kann. Die Aufstellung des Budgets ist das Wesentliche und seine Hauptaufgabe. Im vorigen Jahre haben wir auch ein Budget vorgelegt bekommen, aber es war eigentlich kein Budget, sondern ein gewöhnlicher Rechenschaftsbericht und wir mußten erst nachträglich Kritik üben, was gut, was nicht gut war und was wir für die Zukunft gewünscht hätten. Heuer ist wieder beinahe ein halbes Jahr vergangen und es liegt eigentlich nur ein Rechenschaftsbericht vor. Es ist auch die Würde des Landtages in Frage gestellt, wenn der Landtag keine Kritik üben kann und sein Wirken zum Wohle des Landes also nicht zur Geltung kommt. Kaum war das Budget oder eigentlich der Rechenschaftsbericht des Vorjahres dem Landtage vorgelegt, so wurde auch schon ein Provisorium bis 1. Mai angenommen, mit dem Bemerkten, daß dem Provisorium unbedingt das Budget nachfolgen muß. Ich kann den Vorwurf dem Herrn Finanzreferenten nicht ersparen, daß er dieses Wort, das er im Ausschusse gesprochen hat, bis heute nicht eingelöst hat. Auch heute sollte das Provisorium nur bis 5. Juni beschlossen werden, aber auf sein Verlangen wird es bis 1. Juli verlängert. Es ist bedauernswert, daß wir, wie auch der Herr Vorredner gesagt hat, immer mit Provisorien arbeiten müssen. Ich verlange im Namen meiner Partei, daß dies das letzte Provisorium für den burgenländischen Landtag sei und daß vom 1. Juli an eine budgetmäßige Arbeit ermöglicht wird. Was wir hier haben, ist nur die Nötigung zum weiteren Fortwursteln. Das kann nicht so weitergehen, ein gesunder Aufbau ist nur möglich, wenn die Landespolitik im Rahmen des Budgets erfolgt. Und daß es geschieht, verlangen wir namens unserer Partei vom Referenten der Landesregierung. *(Beifall)*

Präsident *(Abstimmung)*. Das Gesetz ist in der 2. u. 3. Lesung nach der Vorlage des Finanzausschusses beschlossen.

Hoffenreich: Ich beantrage die Sitzung auf fünf Minuten zu unterbrechen.
(Nach Unterbrechung und Wiederaufnahme der Sitzung.)

Berichterstatter Koch: Der Finanzausschuß stellt den Antrag, folgende Entschliebung anzunehmen *(liest)*.

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sobald die Grundlagen feststellbar sein werden, den von der Landesbuchhaltung verfassten und vom Finanzkontrollausschuß auf die Gesetzmäßigkeit aller Ausgaben überprüften Rechnungsabschluss für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1922 dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.“

Präsident *(Abstimmung)*. Angenommen:

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung der Gesetzesvorlage, betreffend die Einhebung einer Ge-

meindeabgabe nach gewerbsmäßiger Vermietung von Wohnräumen (Fremdenzimmerabgabe) in den Gemeinden des Burgenlandes.

Berichterstatter Mosler: Hoher Landtag! Der Finanzausschuss hat heute in seiner Sitzung eine Gesetzesvorlage, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe nach gewerbsmäßiger Vermietung von Wohnräumen (Fremdenzimmerabgabe) in den Gemeinden des Burgenlandes beschlossen. Nach diesem Gesetze soll von den Gasthöfen, Hotels, Wirtschaften, Herbergen und Pensionen eine Abgabe an das Gemeindeamt zu entrichten sein. Es soll also ein Steuergesetz beschlossen werden, dass ausschließlich den Gemeinden zugute kommen wird. Um aber zugleich eine Belebung der Bautätigkeit hervorzurufen, haben wir in das Gesetz auch einen Paragraphen eingefügt - und das ist eines der wichtigsten Dinge, die in dem Gesetze beachtenswert sind - , nach dem Vermietungen in Neubauten und wesentlichen Umbauten durch fünf Jahre von der Abgabe befreit sein sollen. Wir hoffen, dass die Bautätigkeit dadurch angeregt wird und im Burgenlande, das an Unterkunftsmöglichkeiten für Reisende sicher sehr großen Mangel leidet, Bauten dafür aufgeführt werden, so daß die Verhältnisse in dieser Beziehung verbessert werden, was für das Burgenland - das gewiss große landschaftliche Schönheiten hat, die die Fremden anziehen - einen großen wirtschaftlichen Nutzen bedeutet. Ich bitte daher dieses Gesetz in der Fassung des Finanzausschusses einstimmig anzunehmen.

Präsident (Abstimmung). Das Gesetz ist in 2. u. 3. Lesung in der vom Berichterstatter vorgelegten Form beschlossen.

Wir gelangen zur Beratung des Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Heimatrechtsgebühren.

Berichterstatter Koch: der Finanzausschuss hat beschlossen, die Heimatrechtsgebühren, wie sie nach dem Gesetze vom 20. Dezember 1922 eingehoben werden, in der Obergrenze auf das vierfache zu erhöhen. Ich bitte um die Annahme der Gesetzesänderung.

Präsident (Abstimmung). Angenommen.

Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage des Abg. Dr. Wagast

Schriftführerin Zull (liest).

Die Landesregierung, wird befragt:

- „1. Ob sie von diesem unhaltbaren Übelstand Kenntnis hat und
2. was sie zu tun gedenkt, um dieses schwerwiegende Unrecht aus der Welt zu schaffen.“

Dr. Wagast: Die Erfahrungen, die ich als Stadtrat von Eisenstadt, in welcher Eigenschaft ich seit einigen Wochen fungiere, gemacht habe, haben mich veranlaßt, diese Anfrage zu stellen. Mehrere Eisenstädter Gewerbetreibende, Schuster und Schneider, fuhren nach Bruck an der Leitha, um auf dem dortigen Markt ihre Erzeugnisse zu verkaufen. Sie wurden beanstandet, da sie nicht das Recht hätten, wie die Gewerbetreibenden anderer Bundesländer, dort ihre Waren auszustellen und zu verkaufen. Das ist ein für unsere Gewerbetreibenden schwer ins Gewicht fallender Übelstand, denn früher fuhren sie in Ungarn nach allen Richtungen herum, um ihre Erzeugnisse auf den Märkten zu verkaufen. Heute ist keine Möglichkeit dazu. Ihre Lebenshaltung ist schwer gefährdet, wenn ihnen von seiten anderer Bundesländer solche Hemmnisse bereitet werden. Die österreichischen Gewerbetreibenden können hingegen ungehindert ihre Waren in allen burgenländischen Orten ausstellen und verkaufen. Aus Neusiedl bin ich sogar über folgenden Fall informiert worden: Dort ist es ein alter Usus, daß außer Jahrmakrtstagen und Wochenmarktstagen zu anderen Festlichkeiten, zum Beispiel am Firmungstage, die Gewerbetreibenden anderer Ortschaften ihre Waren nicht verkaufen dürfen, sondern nur dort ansässige und dort ihr Gewerbe ausübende Gewerbetreibende, daß also an solchen Festtagen die Gewerbetreibenden der umliegenden Genreinden nach Neusiedl nicht als Verkäufer fahren dürfen. Hingegen sind dort aus anderen Bundesländern Deutsch Österreichs Gewerbetreibende erschienen und haben ihre

Waren ungehindert, trotz des Protestes aller Gewerbetreibenden von Neusiedl, verkaufen dürfen. Diese Vorfälle, die sich tatsächlich lange Zeit nach dem Anschluß des kleinen Burgenlandes an Dentsch-österreich ereignet haben, zeigen, daß die Burgenländer Staatsbürger zweiter Klasse sind. Diese Vorfälle rufen Unruhe unter den Gewerbetreibenden des Burgenlandes hervor. Sie zeigen, daß es den Anschein hat, daß unsere Burgenländer nicht in gleicher Weise wie die anderen Staatsbürger geachtet werden. Da diese Vorfälle nicht geeignet sind, ihnen eine Stütze im Kampf um das Dasein zu sein, bin ich genötigt gewesen, diese Anfrage zu stellen. Ich wünsche eine aufklärende Antwort seitens der Landesregierung, ob sie von diesen Übelständen tatsächlich Kenntnis hat und was sie zu tun geneigt ist, um ihnen ehestens ein Ende zu bereiten. (*Beifall links.*)

Landesrat Dr. Ratz: Wie es einer alten parlamentarischen Gepflogenheit entspricht, daß die Abgeordneten rechtzeitig von der T. O. des Landtages Kenntnis erhalten, so glaube ich, würde es auch einer parlamentarischen Gepflogenheit entsprechen, besonders, wenn unter den einzelnen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft besteht, wenn die Mitglieder der Landesregierung, beziehungsweise der betreffende Referent, wenn es sich um wichtige Fragen für bestimmte Interessentengruppen handelt, wenigstens einige Minuten vor Eröffnung der Landtagssitzung hievon Kenntnis erhalten würde. (*Beifall rechts.*) Wie dem hohen Landtage bekannt ist, zerfällt Österreich hinsichtlich des Gewerberechtes eigentlich in zwei Rechtsgebiete. Hier im Burgenlande besteht derzeit noch das ungarische Gesetz bezüglich des Gewerberechtes und nur der siebente Abschnitt ist dem österreichischen angeglichen. Alle Interessenten, insbesondere aber der burgenländische Gewerbebund, haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Angleichung an das österreichische Gewerberecht durch die Bundesregierung unverzüglich durchgeführt werde, weil Übelstände, besonders auch solche Übelstände, auf welche der Herr Abgeordnete hingewiesen hat, durch die Angleichung des österreichischen Gewerberechtes ein für allemal behoben werden könnten. (*Beifall rechts.*)

Dr. Wagast: Ich möchte kurz nur folgende Aufklärung zur Antwort des Herrn Landesrates Ratz geben. Ich war zu der von ihm geforderten Verständigung nicht verpflichtet, weil schon sein Kollege und Parteigenosse Koch, wie ich mich erinnere, vor zwei oder drei Monaten einen diesbezüglichen Antrag gestellt hat, daß diesbezüglich rasch Abhilfe geschaffen werde. Dieser Antrag ist auch beschlossen worden. Meine Anfrage ging nur dahin, ob in dieser bereits beschlossenen Angelegenheit schon etwas geschehen sei und das war der Kernpunkt meiner Anfrage. (*Beifall links.*)

Präsident: Wir kommen zur dringlichen Anfrage der Abg. Mosler, Schneider, Wimmer und Till.

Schriftführerin Zull (*liest*):

Es wird die Anfrage gestellt:

„1. Ist die Landesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß vor allem anderen die bodenständige Arbeiterschaft in der heimischen Landwirtschaft Beschäftigung finde und solange dies nicht der Fall ist fremdländische Arbeiter im Lande nicht arbeiten dürfen?

2. Ist die Landesregierung bereit, die ihr unterstehenden Organe anzuweisen, daß, wenn schon eine Verwendung von Gendarmerie zur Sicherung des Eigentums und der Personen nötig ist, dies nicht in so aufreizender Weise und in einem so überflüssigen Umfange geschieht, als dies anlässlich der letzten Landarbeiterbewegung zu konstatieren war, ferner, dass diese Organe ausgesucht und nur wirklich verlässliche und pflichtgetreu Beamte in so schwierigen Situationen verwendet werden?“

Mosler: Hoher Landtag! Die Verhältnisse zwischen den Großgrundbesitzern und ihren landwirtschaftlichen Arbeitern haben im Burgenlande hier zu einer Streikbewegung des ländlichen Proletariats geführt. Und wir sehen, dass seit einiger Zeit im nördlichen Burgenlande die Arbeiterschaft geradezu aufflammte, um mit dem letzten Mittel, das ihr zur Verfügung steht, ihre, ich kann das ruhig sagen, minimalen Forderungen durchzusetzen. Nun sind die Großgrundbesitzer des Burgenlandes noch

immer so stark von den Verhältnissen in Ungarn beeinflusst, dass sie noch immer meinen, das Proletariat habe zu kuschen, auf der Erde zu liegen und die bewaffnete Macht müsse es unter allen Umständen nieder halten. Leider konstatierte ich, dass auch die Gendarmerie, wenn sie auch im Großen und Ganzen dem Gesetz entspricht, doch an einzelnen Orten sich Übergriffe erlaubt, die zu Empörung und Erbitterung führen müssen. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen, insbesondere die Vorfälle in einem Orte (Tadten) besprechen, welche beweisen, wie groß die Übergriffe sind. Die Streikbewegung unter der ländlichen Arbeiterschaft ist entstanden, weil im Ausflusse der Sanierung auch wir unter ungeheurer Arbeitslosigkeit leiden. Trotzdem werden ausländische Arbeiter ins Land gebracht und nehmen den Einheimischen das Brot weg. Sie werden von den Unternehmern auch dazu benutzt, um einen Lohndruck auf die einheimische Arbeiterschaft auszuüben. (*Zustimmung.*) Da können alle Salbadereien und Reden nichts nutzen, es ist selbstverständlich, dass die Arbeiterschaft sich gegen solche Dinge wehrt. Und es muss gegenüber den Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen mancher Blätter konstatiert werden, dass die Arbeiterschaft sich immer bewusst ist, dass sie sich im Rahmen der bestehenden Gesetze, der Gesellschaftsordnung und der Möglichkeit, gegen Übergriffe des Unternehmertums zur Wehr setzen muss.

Wenn die Arbeitsplätze alle ausgefüllt würden, wäre keine Arbeitslosigkeit vorhanden. In früheren Jahren konnten wir im Frühjahr immer beobachten, dass ein großer Teil der burgenländischen Arbeiter ihr Brot in Österreich oder in anderen Ländern suchte. Heuer ist dies nicht der Fall, heuer ist der größte Teil des burgenländischen Proletariats zu Hause, nicht freiwillig, nicht weil sie vielleicht eine Epidemie der Faulheit ergriffen hat, sondern weil durch den Ausfluss der Seipel-Sanierung heute in ganz Österreich eine so furchtbare Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krisis herrscht, dass der größte Teil der Arbeiterschaft auch im Burgenland hungern muss. (*Zwischenrufe rechts.*) Daran können alle Zwischenrufe nichts ändern, es ist so und es ist traurig, dass es so ist und dass eine sich christlich nennende Partei derlei Dinge zu verteidigen sucht. (*Unruhe und Zwischenrufe. - Gangl: Ungerechtigkeiten kann man nicht verteidigen!*) Herr Kollege Gangl, wir werden über diese Ungerechtigkeiten noch eingehend zu sprechen Gelegenheit haben. Von den Großgrundbesitzern wird Klage darüber geführt, daß sie aus der einheimischen Arbeiterschaft nicht genug Arbeiter bekommen, und gezwungen sind, Ausländer hereinzurufen. Ich stelle fest, daß diese Herren Großgrundbesitzer nur ordentliche Löhne zu zahlen brauchten. (*Zwischenrufe.*) Herr Kollege Gangl ich will ein Beispiel dafür aus Ihrem eigenen Ort anführen: Dort ist seit ein paar Tagen ein Streik der Textilarbeiter, weil noch ein Wochenlohn von 16.000 österreichischen Kronen gezahlt wird. Daß Sie diese Dinge verteidigen, ist traurig. (*Lebhafte Zwischenrufe. - Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Ich stelle das fest, und behaupte nicht bloß, denn es ist durch den Bezirkshauptmann Dr. Möbius und den Gewerbeinspektor für das Burgenland amtlich festgestellt worden. Alles dies wirft Schlaglichter auf die sozialen Verhältnisse im Burgenland. Ganz ähnlich sind die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Man kann ruhig sagen, in dem Momente, wo Sie den Leuten ordentliche Löhne geben, werden sie genug burgenländische Arbeiter bekommen. (*Gangl: Welches sind die Löhne?*) Herr Kollege Gangl, ich kann nicht alles auf einmal sagen. Ich stelle fest, daß heute Arbeiter mit der Bitte kommen: „Gebt, uns Arbeit, wir sind bereit, um die doppelte Arbeitslosenunterstützung zu arbeiten, weil wir wissen, daß das Land in einer schlechten finanziellen Lage ist und weil wir Arbeit haben wollen.“ Leider ist das Land zum großen Teil nicht in der Lage, diesen Ansprüchen zu genügen.

Aber es ist ein Beweis dafür, daß es einfach nicht wahr ist, daß es eine Verleumdung ist, die man immer zu demagogischen Zwecken hinausschleudert, daß die Leute übermäßige Forderungen stellen. Es ist einfach nicht wahr und es ist unsere Pflicht das zurückzuweisen — nicht deswegen, weil wir Sozialdemokraten sind —, denn es wäre Pflicht eines jeden anständigen Menschen! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.*) Es ist unsere Pflicht, das zurückzuweisen und wir weisen es zurück! Ich will damit nur feststellen, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft ganz ähnlich sind und daß auch dort nur ordentliche Löhne bezahlt zu werden brauchen, damit genug Arbeiter vorhanden sind. Es muß auch angenagelt werden — und damit komme ich auf die Vorfälle in Tadten zurück —, daß einzelne Gendarmerieoffiziere sich einbilden, daß sie vielleicht die Entwicklung vorwegnehmen können

und sich der Illusion, hingeben, daß wir schon so weit sind, daß sie sich der Bevölkerung gegenüber alles erlauben können. Bevor ich auf die Vorfälle in Tadten zu sprechen komme, will ich darauf hinweisen, daß es ein burgenländisches Blatt gewagt hat, die bedauerlichen Vorfälle in Tadten in der gemeinsten und demagogischsten Weise für seine Partezwecke auszunutzen. Daß es nicht gelungen ist, das beweist die Entwicklung, die die Landarbeiterbewegung unten in Tadten und unsere Bewegung überhaupt seitdem genommen hat.

Und nun folgende Feststellungen: In Tadten war kein Landarbeiterstreik, da haben die Landarbeiter ruhig auf den Höfen gearbeitet und darauf gewartet, was ihre Organisation im Verhandlungsweg erreichen wird. Der Streik ist erst ausgebrochen — und zwar spontan und momentan — als slowakische Arbeiter angekommen waren. Die Arbeiter haben eines schönen Tages erfahren, daß slowakische Arbeiter angekommen sind (*Hörtrufe*), sie habest spontan ihre Arbeit eingestellt und sind in ihren Arbeitskitteln und mit ihren Arbeitsgeräten — und nicht bewaffnet, Herr Kollege Gangl, wie Sie im burgenländischen Volksblatt, dessen Herausgeber Sie sind, behauptet haben — zur Verwaltungskanzlei gezogen. Sie haben vom Verwalter verlangt, daß diese slowakischen, fremden, also ausländischen Arbeiter wegkommen, weil ohnehin genug inländische Arbeiter und sogar Arbeitslose, auch im Orte selber, vorhanden seien. Der Verwalter ist nun ja auch nur ein Angestellter des Unternehmers und man kann sein Vorgehen nicht ungerechtfertigt finden. Er hat den Arbeitern erklärt, er werde der Gutsverwaltung die Forderungen unterbreiten und in einer Stunde könne die Antwort der Gutsverwaltung zurück sein, die er den Arbeitern dann mitteilen werde; er habe nicht genug Machtvollkommenheit, um zu bestimmen, ob die slowakischen Arbeiter wegkommen sollen oder nicht oder die Arbeit beginnen dürfen oder nicht. — Das war also die Forderung der Arbeiter und nicht die Erhöhung der Löhne und nicht irgendwelche — wie soll ich denn nur sagen, um einen gemütlichen österreichischen Ausdruck zu gebrauchen — bolschewistische Spompanadeln zu treiben. Die Leute haben nur verlangt, daß die fremden Arbeiter die Existenz der im Orte befindlichen Arbeitslosen nicht gefährden. (*Zustimmung*) Wie gesagt, ich finde die Antwort des Verwalters für ganz gerechtfertigt. Die Arbeiter waren aber mit der Antwort des Verwalters nicht einverstanden und haben das, wie es in solchen Situationen immer ist, in erregten Worten zum Ausdrucke gebracht. Erregte Worte sind aber nicht der Anlaß und machen es absolut nicht notwendig, gegen die Arbeiter in der aggressivsten Weise vorzugehen. Österreich und besonders Wien stand nach dem Umsturze vor schlimmeren Situationen, als bei uns die kommunistische Bewegung auf ihrem Kulminationspunkt gewesen ist; aber es ist damals alles auf friedlichem Weg abgelaufen, weil wir die Behörden eben dazu erziehen konnten, daß den Arbeitern und den Demonstranten gegenüber in der Weise vorgegangen wird, wie es notwendig ist. Ich sage mit Stolz, obwohl ich weiß, daß ich von der am weitesten linken Seite meiner Partei deshalb angegriffen werden kann. — Wenn wir in Österreich eine unblutige Revolution gehabt haben, so ist das ausschließlich das Verdienst unserer Partei! Was ist aber in Tadten geschehen? — Man sieht, wohin solche Methoden führen, denn da ist das Gegenteil gemacht worden. In dem Zimmer, in dem sich der Verwalter mit dem Gendarmen befunden hat, waren auch zwei Gendarmen, deren Namen mir leider nicht bekannt sind. Als der Verwalter die Antwort gegeben hatte und die Arbeiter erklärten, daß sie eine sofortige Antwort wollten und dies auch in einigen stürmischen Rufen forderten, haben die beiden Gendarmen ihre Bajonette gegen die im Zimmer befindlichen Arbeiter gefüllt und wollten sie damit aus dem Zimmer hinaustreiben. Es scheint aber doch, daß sie vor den zehn oder zwölf Arbeitern, die sich in dem Zimmer befanden, Angst bekommen haben und ohne daß auch nur ein Arbeiter wegen dieser Provokation gewalttätig geworden und ohne daß ein Gendarm angerührt worden wäre, sind die beiden Gendarmen vor den zehn oder zwölf Arbeitern davongelaufen; sie haben ihre Bajonette wieder geschultert und sind in den Hof hinaus, wo die andern Arbeiter gewesen sind. Inzwischen ist aber Gendarmerieverstärkung gekommen und nun, als die Gendarmen geglaubt haben, in der Übermacht zu sein, sind sie in der gewalttätigsten und aggressivsten Weise vorgegangen und so ist es zu einer Keilerei gekommen. Obwohl in den Zeitungen behauptet worden ist, daß die Gendarmen verwundet und verletzt wurden, muß festgestellt werden — und das ist auch festgestellt worden —, daß keinem der Gendarmen außer einigen Hautabschürfungen (*Gelächter rechts*), wie ich hinzufügen will, eine schwerere Verletzung zugefügt worden ist. Daran ändert Ihr Ge-

lächter nichts. Das sind Tatsachen! Übrigens scheint der Herr Kollege Gangl zu lachen, weil er es bedauert, daß nicht mehr vorgefallen ist; sonst würde er nicht lachen. Aber weil nur so wenig vorgefallen ist, findet er diese bedauerliche Angelegenheit des Lachens wert. Vielleicht findet er es auch des Lachens wert, daß die Gendarmen, nachdem die Gendarmerieverstärkung aus Frauenkirchen gekommen war und sie nun in der Überzahl waren, die Leute, auch die Frauen, in der rohesten Weise und in unanständiger Art behandelt und sogar geohrfeigt haben. Ich bitte, Herr Kollege Gangl, wenn Sie das für lächerlich finden, so können Sie meiner Meinung nach ruhig darüber lachen! (*Zwischenruf des Abg. Gangl*) Weil ich ja Ihr Lachen immer vor Augen habe! (*Abg. Gangl: Ihr seid alle Engel!*) Herr Kollege Gangl, schauen Sie, wir wissen genau, daß Sie und Ihre Partei die Schutztruppe des Großgrundbesitzes sind (*Zustimmung bei den Sozialdemokraten. - Widerspruch*), aber daß Sie das in so ausfälliger Weise zum Ausdruck bringen (*lebhaftes Zwischenrufe. - Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen*), das finde ich nicht für klug von Ihnen, denn schließlich müssen Sie doch auch daran denken, daß die Vorgänge in diesem Hause hier nicht geheim sind, sondern in die Öffentlichkeit hinaus gelangen und daß sie doch vielleicht den heute noch Blinden die Augen öffnen. Herr Kollege Gangl, beharren Sie nur weiter in Ihrer Stellung in der Schutztruppe des Großgrundbesitzes! (*Zwischenruf des Abgeordneten Kögl.*) Wenn Sie sprechen wollen, so können Sie sich ja nach mir zum Worte melden! Hoher Landtag! Ich möchte nur noch erwähnen, daß die Arbeiter die beiden Gendarmen, wie in den Zeitungen gemeldet wurde, wohl entwaffnet haben, weil sie ja nicht dazu da sind, sich von den Gendarmen wegen nichts und wieder nichts umbringen zu lassen. Sie haben die Gewehre jedoch nicht mit sich genommen, sondern haben sie sofort abgeliefert, so daß mit den Gewehren nichts Unrechtes geschehen ist. (*Rufe rechts: Das ist also keine Entwaffnung?*) Nachdem nun diese Vorfälle abgeflaut sind und es den Anschein gehabt hat, als ob sie abgeschlossen wären und Ruhe eingetreten sei, ist aus Frauenkirchen eine Gendarmerieverstärkung gekommen, welche die Leute, von denen man geglaubt hat, daß sie an den Vorfällen beteiligt waren, aus den Orten im strömenden Regen herausgeholt hat. Man hat diese Menschen die ganze Nacht beieinander gehalten und hat sie wieder einer Reihe rohester Mißhandlungen ausgesetzt. Man hat sich insbesondere wieder an die Frauen gehalten und es sind Dinge vorgekommen, die von jedem anständigen Menschen unter allen Umständen verurteilt werden müssen. Die Gendarmerie hat geglaubt, sich besonders an den Vertrauensmann der dortigen Landarbeiter Szolladi, halten zu müssen, und hat ihn in besonders ausgiebiger und roher Weise verprügelt. Dann sind jene, von denen man geglaubt hat, daß sie sich irgendeines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, schwer gefesselt in brutalster Weise nach Wallern und von dort nach Neusiedl am See in das Bezirksgericht eingeliefert worden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit, wie ich es schon am Anfange meiner Ausführungen getan habe, nochmals betonen und feststellen, daß wir ganz genau wissen, daß die Gendarmerie im großen und ganzen im Burgenlande, nicht nur jetzt, sondern überhaupt seitdem es zu Österreich gehört, seine Pflicht in streng gesetzmäßiger Weise erfüllt hat. Aber gerade in den letzten Wochen konnten wir konstatieren, daß einzelne Elemente in der Gendarmerie glauben, daß sie es wie in den anderen Bundesländern machen können, daß sie gegen die Bevölkerung oft und ganz offen in ungesetzlicher Weise vorgehen und sie drangsalieren können. Das sind nicht Vorwürfe, die sich gegen die Gendarmerie als Ganzes richten, sondern das sind Vorwürfe gegen einzelne Elemente in der Gendarmerie. Es muß verlangt werden, daß bei solchen Gelegenheiten, in besonders erregten Zeiten, wie es die heutigen noch immer sind, nicht die jüngsten und unerfahrensten Gendarmen verwendet werden; es sollen bei solchen Gelegenheiten, die immer vorkommen können, nur Gendarmen verwendet werden, die jahrelange Erfahrung haben und die wissen, daß man in solchen Situationen so zu handeln hat, daß bei Aufwendung der besten Mittel das Bestmögliche erreicht wird: baldigste Beruhigung der Bevölkerung und Ausgleich der Interessengegensätze.

Ich habe darauf hingewiesen, daß im Burgenlande viele einheimische Landarbeiter, die hier immer beschäftigt gewesen sind, arbeitslos geworden sind und daß diese Arbeitslosigkeit die Leute natürlich dazu zwingt andere Arbeit zu suchen und unter allen Umständen zu finden. Es könnte von jenen, die über diese Dinge unterrichtet sind, eingewendet werden, daß doch der Landarbeiterverband im Februar dieses Jahres mit der Organisation der Großgrundbesitzer und der landwirtschaftlichen Besitzer über-

haupt, einen Vertrag abgeschlossen hat, gemäß dem es erlaubt ist, 2000 slowakische Arbeiter in das Burgenland hereinzubringen. Der Abschluß dieses Vertrages ist eine Tatsache. Er konnte aber nur erfolgen, weil man damals noch nicht gewußt hat, in welcher entsetzlicher Weise sich die berühmte Seipelsanierung, von der Seipel selbst hundertmal im Tage behauptet, daß sie von der Bevölkerung mit der größten Freude begrüßt wird, insbesondere an den arbeitenden Menschen auswirken wird, weil man damals noch nicht gewußt hat, daß der allergrößte Teil der Lasten nur auf die erwerbenden und arbeitenden Menschen gelegt wird und daß es schon so weit gekommen ist, daß die Steuern minder ertragreich werden, weil die Steuerkraft der erwerbenden Bevölkerung und der arbeitenden Schichten erschöpft ist, und weil insbesondere die ungeheure Arbeitslosigkeit und die furchtbare Wirtschaftskrise, die Konsumtionskraft des einzelnen auf ein Mindestmaß, ja unter den Lebensstandard hernntergedrückt haben. Darum ist es heute nicht nur vom menschlichen Standpunkt aus unmöglich, sondern es ist auch vom sozialen und volkswirtschaftlichen Standpunkt ein Verbrechen, daß es so gemacht wird. Es muß im Gegenteil verlangt werden, daß in erster Linie die einheimischen Arbeiter in der Landwirtschaft Beschäftigung bekommen und daß erst in zweiter Linie, wenn keine inländischen Arbeiter mehr zu finden sind, ausländische herangezogen werden. (*Zustimmung links.*) Es ist auch vom nationalen Standpunkt aus begrüßenswert, wenn wir absolut kein Interesse dafür haben müssen, daß unsere inländischen, deutschen Arbeiter nach Brasilien auf die Kaffee- und Zuckerplantagen als Weiße Sklaven geschickt werden, während wir im Inlande, bei andersnationalen Großgrundbesitzern eine gleichfalls andersnationale Arbeiterschaft haben. Das könnte unter Umständen zu sehr gefährlichen Zuständen und Situationen führen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit insbesondere darauf hinweisen, daß es ja den Anschein hat, daß der Führer dieser Bewegung, der Herr Patzenhofer - ich greife diesen Herrn ganz besonders heraus - glaubt, daß die Arbeiter, die er in seinen Fabriken und auf seinen Gütern beschäftigt, nur Arbeitsmaschinen sind, die zu nichts anderem dienen, als für ihn nur Profit, Profit und abermals Profit zu schaffen. Dieser Herr glaubt, nicht nur keine Organisation dulden zu sollen, sondern sie auch wenn sich die Arbeiter organisieren oder Vertrauensmänner wählen, in rohester und gemeinster Weise behandeln und in der schäbigsten Weise entlohnen zu sollen. Ich bin sehr neugierig, ob irgend jemand imstande sein wird, derlei Dinge zu verteidigen. Wenn es aber der Fall sein sollte, daß jemand den Mut dazu findet, dann möchte ich nur darauf hinweisen, daß die Zeitung, die ich heute schon einmal erwähnt habe und die schließlich das Organ der zweitgrößten Partei dieses Landes ist, in einem programmatischen Artikel den Arbeiterwählern zugesprochen hat, sie mögen sich nur immer mehr der christlichsozialen Partei anschließen. Sie hat nämlich geglaubt, daß wir Arbeiterwähler verloren haben und sie könnte nun dadurch einen Fang machen. In diesem Artikel war auch gesagt, die Wähler werden sehen, daß die christlichsoziale Partei die einzige und wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen ist. (*Zwischenrufe rechts.*) Wenn sie so die Interessen der Arbeiter vertreten, werden Sie erleben, was Sie in allen Ländern der Welt erlebt haben und was Sie auch in Österreich erfahren mußten: Daß Ihnen im Anfang die Dummen nachlaufen, daß der Dummen aber immer weniger werden. Wir können allerdings mit einer solchen Interessenvertretung nur vollkommen einverstanden sein. (*Zwischenrufe links.*)

Es muß festgestellt werden, daß der Landarbeiterstreik, der angebrochen ist und bei dem es sich zum großen Teil um die Frage der slowakischen Arbeiter dreht, längst beendet wäre, wenn nicht die Starrköpfigkeit der Arbeitgeber wäre, die sagen, daß sie in erster Linie slowakische und erst in zweiter Linie inländische Arbeiter haben wollen. Daß die Arbeiter eine solche Forderung, die an ihrem Lebensnerv greift, nicht dulden können, ist selbstverständlich, wie es auch eine Selbstverständlichkeit ist, daß sie sich gegen solche Dinge zur Wehr setzen. Ich möchte einen in diesem Hause sehen, der aufzustehen und es zu verteidigen wagt, daß die Großgrundbesitzer zuerst Ausländer und dann erst die inländischen Arbeiter beschäftigen. Über solche Mätzchen, die sich im Laufe des Landarbeiterstreiks ereignet haben, daß man den Landarbeiterverband eine gewisse Grundfläche anbot, er möge sie mit Landarbeitern bebauen und dabei das System der Kurzarbeit einführen, wodurch alle Arbeiter beschäftigt werden könnten, will ich nicht weiter reden. Ich bin kein Landwirt. Diese Großgrundbesitzer sind Landwirte, aber was in der Industrie möglich ist, die Kurzarbeit und die Herabdrückung

der Arbeitszeit, ist in der Landwirtschaft nicht möglich, weil diese vom Wetter, der Jahreszeit und vielen anderen Dingen abhängt, so daß zu einer Jahreszeit anscheinend übermäßige Arbeit, zur anderen fast gar keine vorhanden ist. Es scheint also, daß diejenigen, die dieses Angebot machten, von der Landwirtschaft nichts verstehen. Damit habe ich im großen und ganzen auseinandergesetzt, was uns zu unserer dringlichen Anfrage bewogen hat und was die Landarbeiter und die kleinbäuerliche Bevölkerung, deren Kinder ja zum großen Teil auch in der Landwirtschaft beschäftigt sind, bewogen hat, diese Dinge in einer gesetzgebenden Körperschaft zur Sprache zu bringen. Obwohl ich weiß, daß diese Frage, wie alle anderen, auch die anscheinend neutralsten, immer vom Klassenstandpunkt betrachtet werden, möchte ich Sie doch bitten, sich zu einer relativen Objektivität durchzuringen und diese Frage objektiv zu beurteilen und danach zu handeln. In diesem Sinne lege ich dem Landtag folgenden Resolutionsantrag vor (*liest*).

„Der Landtag stellt die Forderung auf, daß ausländische Wanderarbeiter nicht verwendet werden dürfen, solange eine so große Anzahl bodenständiger Arbeiter, welche für die heimische Landwirtschaft als Arbeitskräfte vollständig befähigt sind, im Lande arbeitslos sind.

Der Landtag stellt ferner das Verlangen, daß die Gendarmerieorgane aus Anlaß von Konflikten, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis der heimischen Arbeiterschaft betreffen, sich in rigorosester und unparteiischer Weise zu benehmen haben. Unter keinen Umständen kann es geduldet werden, daß untergeordnete Organe sich solche Übergriffe zu Schulden kommen lassen, wie dies bei den Konflikten in Tadtén zum Teil festgestellt wurde.

Der Landtag müßte gegen eine derartige einseitige Vorgangsweise von Organen, welche zum Schutz und für die Sicherheit aller Landesbürger, ohne Unterschied des Standes, berufen sind, schärfstens Stellung nehmen und die Entfernung der schuldtragenden Organe fordern.“

Ich ersuche Sie im Namen der Gerechtigkeit, diesen Resolutionsantrag anzunehmen.

Präsident: Der vom Herrn Abg. Mosler verlesene Resolutionsantrag kann nur dann Gegenstand der Beratung im Ausschüsse sein, wenn das Haus beschließt, in die Debatte über die ganze Frage einzugehen. Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Leser.

Landeshauptmann-Stellvertreter Leser: Die Frage, die seit zwei Wochen einen großen Teil der Bevölkerung in Aufregung hält und da und dort zu Unruhen geführt hat, die auch jetzt Gegenstand der Interpellation ist, hat folgende Vorgeschichte. Im Februar dieses Jahres haben die Rübenbauenden Großgrundbesitzer beim Bundesministerium den Anspruch auf tschecho-slowakische Arbeiter gestellt mit der Begründung, daß die Arbeit im Rübenbau eine spezielle Arbeit sei, die besonders geschulte Arbeitskräfte erfordert, die eben tschecho-slowakische Arbeiter besitzen. Andererseits seien im Burgenlande zu wenig geschulte einheimische Arbeitskräfte bis zum Ende der Rübensaison vorhanden, um den Wirtschaftsplan durchzuführen. Das Ackerbauministerium hat sich beratend an die Organisation der Land- und Forstarbeiter gewendet, die sich auf den Standpunkt stellte, es sei unmöglich, tschecho-slowakische Arbeiter, einzuführen, da jährlich Tausende von landwirtschaftlichen Arbeitern ins Ausland exportiert würden, und es wäre eine Absurdität, daß ein Land zugleich importierend und exportierend in landwirtschaftlichen Arbeitern sei. Die Rübenbesitzer haben dann erklärt, sie könnten nur dann auf die Bebauung ihrer Felder mit Rüben eingehen, wenn ihnen heute schon ein entsprechender Stock ständiger Arbeiter garantiert würde. Sämtliche Behörden und auch Private haben sofort Erhebungen veranstaltet, um festzustellen, wie viel Arbeiter auf dem Lande für den Rübenbau herbeigeschafft werden könnten. Wie sich später herausstellte, sind diese Erhebungen aber infolge unzulänglicher Mittel weit hinter den wirklichen Ziffern zurückgeblieben. Als nun die Rübenbauer erklärten, daß nach den Erhebungen ihnen eine entsprechende Anzahl bodenständiger Arbeiter nicht garantiert werden könne und ihnen daher der Import tschecho-slowakischer Arbeiter zugebilligt werden müsse, hat sich die Regierung bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß die nötigen Arbeitskräfte aus der einheimischen Bevölkerung nicht aufgebracht werden könnten, den Rest durch tschecho-slowakische Arbeiter decken zu lassen. Das war im Februar. Dann trat infolge der Krisis die Arbeitslo-

sigkeit ein. Viele hundert burgenländische Arbeiter, die früher ihr Brot im Auslande gefunden haben, sind arbeitslos nach Hause gekommen. Leute, die in der Landwirtschaft aufgewachsen waren, obwohl sie nebenbei auch Gewerbe betrieben hatten. Die Arbeitslosigkeit dieser Leute ist hier viel schwerer zu beurteilen, als in anderen Ländern, weil die Arbeitslosenunterstützung auf sie ganz anders angewendet wird als auf die industriellen Arbeiter. In dem ganzen Landesteile, der für die Bewegung in Betracht kommt, sind nicht zwei bis drei Arbeitslose, die für die Unterstützung in Betracht kommen würden. Die Leute sind also nur auf das angewiesen, was ihnen die Landwirtschaft bietet und es ist begreiflich, dass angesichts dieser Verhältnisse und der Möglichkeit, dass fremde Arbeiterinnen das Brot wegnehmen, die größte Empörung und Erregung entstanden ist.

Diese Erregung ist gestiegen dadurch, dass auch ein Lohnstreik ausgebrochen ist und die Leute schon tagelang im Streik gestanden waren und, so in der Psychose des Streikes stehend, auf einmal die tschecho-slowakischen Arbeiter an Maschinen sahen. Aus dieser Ursache ist die Unruhe in allen Gebieten entstanden, wo tschecho-slowakische Arbeiter aufgetaucht sind.

Hoher Landtag! Sobald die Landesregierung von diesen Unruhen erfahren hat, hat sie es sofort als ihre eminente Pflicht erachtet, sich der Sache anzunehmen, Vermittlungen und Besprechungen herbeizuführen, um die Frage irgendwie zu lösen. Was dabei der Landesregierung als Ziel vorschwebt musste, war folgendes: Die Landesregierung musste in erster Linie darauf bedacht sein, die Zuckerrübenproduktion unter keinen Umständen gefährden zu lassen - nicht nur aus volkswirtschaftlichen Gründen, weil ein Schaden von Milliarden entstehen könnte, wenn die Arbeit hier nicht richtig oder nicht rechtzeitig gemacht wird, sondern auch aus weitergehenden wirtschaftlichen Gründen, sogar aus valutarischen Gründen, weil die Zuckerindustrie eine Entlastung des Bedarfes an tschechischen Kronen bedeutet. In voller Würdigung dieser Erkenntnis hat die Landesregierung eine Lösung angestrebt, die die Produktion nicht gefährdet. Andererseits aber musste von der Landesregierung ebenso sehr das Interesse der Menschen, die an der ganzen Affäre beteiligt sind, gewahrt werden. Die Frage musste von der Landesregierung also nicht bloß als wirtschaftliche Produktionsfrage, sondern auch als soziale, aber auch als nationale Frage behandelt und betrachtet werden. Und da wäre es geradezu unmöglich gewesen, von einer Behörde des Landes zu verlangen, dass sie die Leute zum Verständnis dafür bringt, dass die bodenständigen Arbeiter ohne Brot und Arbeit dastehen, während fremde Arbeiter hereingebracht und voll beschäftigt werden. Die Erkenntnis dieser Unmöglichkeit liegt auf der Hand und gerade das hat es äußerst schwer gemacht, hier das dritte Interesse, dass die Landesregierung wahren musste, das Interesse der öffentlichen Ruhe richtig ins Auge zu fassen und zu verfechten. Wenn ich sage, dass eine Lösung gefunden werden musste, die nicht nur die Produktion und die einheimischen, bodenständigen Arbeiter in ihrer Existenz schützt, sondern auch die öffentliche Ruhe sichert, so denke ich hinsichtlich der öffentlichen Ruhe nicht an eine Ruhe, die durch die Bajonette der Gendarmerie herbeigeführt wird und die dadurch entsteht, dass man die Leute, die mit Recht um ihre Existenz besorgt sind, einfach mit behördlicher Gewalt niederhält. Das wäre eine Sache gewesen, die in diesem Lande niemand begreiflich gemacht hätte werden können. Denn ich glaube nicht, daß es in diesem Lande einen Menschen gibt, der nicht der Ansicht ist, daß die Gendarmerie dazu da ist, die eigenen Leute zu schützen, nicht aber um fremde Leute zu beschützen, wenn die eigenen Leute in ihrer Existenz bedroht sind. Diese drei Punkte zu vereinen und mit der Organisation der Arbeitnehmer einerseits und der Arbeitgeber andererseits zu vereinbaren, war der Zweck von Verhandlungen, die von der Landesregierung am Freitag 10 Stunden hindurch mit größter Zähigkeit geführt worden sind — leider ohne Erfolg — und die gestern von der Landesregierung wieder aufgenommen worden sind und mindestens zu dem Erfolge geführt haben, daß ich hier die Hoffnung aussprechen kann, daß eine Lösung gefunden worden ist, die die Produktion weder stört, noch einen einzigen burgenländischen Arbeiter um sein Brot bringt und dadurch auch jene Beruhigung herbeiführt, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig ist. Ich bitte dies auf den ersten Teil der Interpellation zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Der zweite Teil der Anfrage beschäftigt sich mit der Gendarmerie. Das Verfügungsrecht über die Gendarmerie liegt in der Kompetenz des Herrn Landeshauptmannes als dem Chef der mittelbaren Bundesverwaltung. Ich will in diese Kompetenz nicht eingreifen, aber im Einvernehmen mit dem

Herrn Landeshauptmann kann ich erklären, daß alle Fälle, die zur Anzeige gebracht worden sind und in denen darüber geklagt wird, daß sich Gendarmen vergangen haben, zum Anlaß der allerstrengsten Disziplinaruntersuchung gemacht werden. Ich habe die Ermächtigung, im Namen des Herrn Landeshauptmannes auch zu erklären, daß die Gendarmen, hinsichtlich derer die Vorwürfe berechtigt sind, die strengsten Strafen zu erleiden haben werden. (*Beifall bei den Sozialdemokraten.*)

Dr. Wagast: Ich stelle den Antrag, über die Antwort des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Der Antrag ist angenommen.

Vas: Hoher Landtag! Ich habe gemeint, der Herr Abg. Mosler werde uns irgendwelche konkrete Ausführungen bringen. Leider Gottes hat er aber eine Fensterrede gehalten, indem er meinte, der Gendarmerie wäre von den Arbeitern nichts geschehen und die Gendarmen wären nicht entwaffnet worden, sondern es wären nur Hautabschürfungen vorgekonunen.

Aus den Ausführungen des Landeshauptmann- Stellvertreters Leser habe ich entnommen, daß es sich hier um eine wirtschaftspolitische Frage handelt, in der von den kompetenten Personen, die die Verhandlungen geführt haben, mit Unvorsichtigkeit vorgegangen wurde. Ich habe auch — wenn ich wirklich richtig informiert bin — erfahren, daß gesagt worden ist, im Burgenland seien die Arbeiter nicht klassifizierte Landarbeiter. Eigentlich gibt es im Burgenland aber überhaupt keine anderen Arbeiter als Landarbeiter, denn wenn es auch Maurer- und Zimmerleute gibt, so haben sie doch bis zu ihrem 15. oder 16. Lebensjahr alle auf der Scholle gearbeitet. Die kompetenten Persönlichkeiten sind leider Gottes recht unvorsichtig gewesen und die Verhandlungen sind nicht mit der vorausblickenden Vorsicht geführt worden, so daß es zu diesen bedauerlichen Zuständen gekommen ist, wie sie die burgenländische Bevölkerung noch nie erlebt hat. Die burgenländische Bevölkerung ist eine friedliebende Bevölkerung. In anderer Hinsicht ist es auch ungerechtfertigt, seitens der Herren Sozialdemokraten als Parteiführer, daß der Forst- und Landarbeiterverband, wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter selbst erwähnt hat, den Vertrag am 21. Februar unterschrieben hat. Mit der Unterschrift dieses Vertrages habt Ihr die burgenländischen Landarbeiter ausgeliefert! Das war der größte Fehler! Daran ist nicht zu rütteln. Es hätte vorausgesehen werden können, daß wir in so schwierige wirtschaftliche Verhältnisse kommen. Da wir die jetzigen Verhältnisse in Österreich kennen, war es leider Gottes sehr unvorsichtig, denn es ist auch in sozialer Hinsicht sehr peinlich, wenn gesagt wird, daß wir tschecho-slowakische Arbeiter hier ansiedeln werden, weil gewollt wird, daß hier der slawische Korridor zustande kommt. (*Zwischenrufe links.*)

Es ist selbstverständlich, wie der Herr Abg. Mosler gesagt hat, daß die Sozialdemokraten erkennen, daß in der Landwirtschaft der achtstündige Arbeitstag nicht eingeführt werden kann. Ja sagen Sie mir einmal, die achtstündige Arbeitszeit wird doch von Ihnen immer verlangt! (*Rufe links: In der Landwirtschaft?*). Sie kann nicht eingeführt werden, haben Sie erklärt. Was haben Sie aber in Wien vertreten? Immer haben Sie die achtstündige Arbeitszeit verlangt. (*Rufe links: Für die Landwirtschaft?*) Was haben Sie denn anderes im Jahre 1919 verlangt? (*Mosler: Sie verstehen doch wirklich nichts!*) Das verstehe ich sehr gut. Herr Mosler hat auch gesagt, daß vielleicht die Stelle, welche die Verhandlungen geführt hat, von der Landwirtschaft nichts verstanden hat. (*Mosler: Es hat den Anschein!*) Es ist sehr traurig, wenn leider Gottes solche Verhandlungen von Stellen geführt werden, welche überhaupt nichts verstehen. Das ist ganz richtig!

Bezüglich der Gendarmerie — es ist die letzte Angelegenheit, die ich noch behandeln will — möchte ich wohl die Frage aufwerfen, ob man vielleicht Ordnerwehren hinschicken soll. (*Ruf links: Die Gendarmerie soll gesetzmäßig vorgehen, aber nicht brutal!*) Ich sage so: Wir müssen vor allem den Standpunkt vertreten, daß die Autonomie des Landes gewahrt werde! (*Hoffenreich: Das sind gar keine Burgenländer!*)

Koch: Hoher Landtag! Den Standpunkt, welchen ich in öffentlichen Vertretungskörpern in puncto fremder Arbeiter eingenommen habe, näher zu schildern, bin ich vielleicht hier überhoben. (*Ruf links: Den kennen wir ohnehin schon! - Heiterkeit.*) Es war aber nicht notwendig, daß der Herr Abg. Mosler die Gelegenheit mißbraucht hat, den Bundeskanzler Seipel und die christlichsoziale Partei so nebenbei in den Kot zu zerren. Denn wenn ich über etwas zu schimpfen anfangen, dann muß ich auch sagen, was besser ist als das, was durch die Sanierung gemacht wird. Der Dr. Bauer ist ja nicht der Dümme und der hat selbst gesagt, daß die Arbeitslosigkeit sowohl mit Genf als auch ohne Genf eintreten wird. (*Ruf links: das ist nicht wahr!*) Das werden Sie nicht bestreiten können. (*Ruf links: Aber er hat nicht gesagt, dass sie in dem Ausmaß eintreten wird!*) Es ist sehr komisch, wenn man auf einmal einer Partei eine Sache in die Schuhe schiebt, die gar nichts dabei zu tun hat. Denn seinerzeit, als der Vertrag abgeschlossen wurde, hat mir ein Herr gesagt, daß auch der Herr Präsident einverstanden sei, daß die Arbeiter hereinkommen. Man kann also daher nur sagen, daß wohl alle anderen miteinander daran schuld sind, nicht aber unsere Partei, die gar nicht dabei war? (*Lebhafte Zwischenrufe und Unruhe links.*) Wir wissen ganz gut - auch Herr Vas hat es vorhin ganz offen ausgesprochen — daß hier eine nationale Gefahr eintreten könne. (*Schneider: Tausende und Tausende Menschen werden brotlos gemacht!*) Das hat man ganz gut gewußt, wenn man offen und ehrlich ist, muß man von dem sprechen, worum es sich dreht und nicht etwas hineinziehen, was nicht wahr ist. Herr Mosler hat etwas Langes und Breites dahergeredet, hat aber nicht gesagt, wie man es anders und besser machen kann. Der Herr Landeshauptmann Leser hat gesagt, daß der Vertrag zugesteht, daß 2000 Arbeiter hereinkommen können. Und diesen Vertrag haben nicht wir, sondern den haben Sie gemacht. (*Ruf links: Wenn er aber gekündigt ist!*) Wenn er gekündigt ist, dann gilt er nicht mehr. Er ist vielleicht erst jetzt gekündigt worden. Ich bin aber nicht da, den Streik hier oder dort zu verteidigen. Herr Mosler aber hat nur zum Fenster herausgesprochen, um zu beweisen, daß wir Christlichsozialen daran schuld seien. Ich muß offen sagen, daß gerade Herr Mosler, der bei der Arbeitsvermittlung angestellt ist, die Gelegenheit benutzen sollte, die Leute, welche gebraucht werden, aufzuschreiben. (*Mosler: Ich bin ja gegangen! Herr Kollege, ich bin im Auftrage des Landarbeiterverbandes von Hof zu Hof gegangen!*) Dann hätten Sie Ihre Pflicht erfüllen müssen und sagen, wie viele Arbeiter vorhanden sind. (*Mosler: Sie können mir keine Pflichtverletzung vorwerfen!*) Es ist keine Pflichtverletzung, sondern reine Demagogie, daß man dagegen handelt, wo die Leute doch vorhanden sind. Herr Mosler weiß ganz gut, daß richtig ist, was auch Kollege Vas gesagt hat: daß unsere Leute, unsere Maurer usw. am Felde arbeiten können, weil Sie es früher, als sie noch nicht Maurer usw. waren, auch gemacht haben. Alle diese Leute hätte er aufschreiben können und die Weiber dazu, wenn sie kommen wollen. Es sind ihrer genug da. (*Zwischenrufe rechts*) Vielleicht hat er nicht gesagt, daß sie vorhanden sind! Dessen beschuldige ich ihn, und auch deshalb, weil er die Christlichsozialen in den Kot zerret, die dabei nichts zu tun hatten. Er hat dann auch von dem Wahlfonds gesprochen. Wir können unsere Wahlen ohne Geld machen. (*Mosler: das ist ja Eurer Partei nachgewiesen worden!*) Wir brauchen nicht so viel Geld für den Wahlfonds, wir haben auch von den Großgrundbesitzern keines bekommen. Ihr aber habt den Bosel! (*Till: Jüdisches Geld! - Hoffenreich: Für den Katholikentag hat er jedoch etwas gekriegt!*) Es dreht sich nur darum, daß man nicht jeden Anlaß dazu benutzen soll, was zu bedauern ist, andere zu beschuldigen. Ich will nicht davon reden, ob sie dableiben können oder nicht, aber wie schon früher gesagt wurde, wenn keine Fremden kommen, wird die Arbeitslosigkeit nicht so arg werden. Der Abg. Mosler redet auch immer von den Burgenländern und zum Schluß ist er selber keiner. (*Beifall rechts.*)

Zweiter Präsident Burgmann (*welcher während der vorstehenden Rede den Vorsitz übernommen hat*).- Zum Worte gelangt der Herr Abg. Wimmer.

Wimmer: Ich hatte nicht die Absicht, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen, doch die Debatte, die sich an diese Anfrage knüpft, veranlaßt mich, verschiedene Unrichtigkeiten festzustellen. Die Anfrage hat den Zweck gehabt, die Aufmerksamkeit des Landtages darauf zu lenken, daß sich das Arbeitsverhältnis der seßhaften Arbeiterschaft in unserem Lande verschoben hat und daß wir daher

von unserem Landeshauptmann als Vertreter der Bundesregierung, die diese Sache angeht, fordern, müssen, daß er die nötigen Schritte einleitet, um den Import fremdländischer Arbeiter in einem Lande, das so viele überflüssige Arbeitskräfte hat, zu verhindern. Es wurde vom Landeshauptmann-Stellvertreter Leser erklärt — und ich bitte hauptsächlich die rechte Seite dieses Hauses und ihre Pressevertreter, zur Notiz zu nehmen, daß ich jetzt nicht als Präsident des Hauses, sondern als Abgeordneter und gleichzeitig auch als Vertreter der Landarbeitergewerkschaft spreche - dass die Großgrundbesitzer schon vor einigen Monaten im Wege der Bundesregierung unsere Organisation zu einer Besprechung im Ackerbauministerium auffordern ließen, wo über den Import fremdländischen Arbeiter verhandelt werden sollte. Ich habe an diesen Besprechungen teilgenommen, nicht nur als Vertreter des Landes, um das es sich in erster Linie handelt, sondern auch als Vertreter unserer Gewerkschaft und habe entschieden dagegen Stellung genommen, dass fremdländischen Arbeiter hereingebracht werden. Die Herren Großgrundbesitzer haben aber nicht mir - da ich mich von den Herren nicht einschüchtern lasse - aber der Bundesregierung das Messer sozusagen an die Kehle gesetzt, indem sie erklärten, wenn nicht der Import fremder Arbeiter gestattet wird, sie überhaupt keine Rüben bauen würden. (*Lebhafte Hört!-Rufe.*) Wenn dies die Großgrundbesitzer eines Landes erklären, das sich besonders für die Rübenkultur eignet, so ist es begreiflich, dass die Bundesregierung - den Vorsitz in der Besprechung hat Minister a. D. Hennett innegehabt - sich die fiskalische Auswirkung dieser Drohung für den Staat vor Augen hielt und auf unsere Organisation einen entsprechenden Druck auszuüben versuchte. Man hat mich als Abgeordneten und Präsidenten dieses Landtages apostrophiert, man könne vor niemand die Verantwortung übernehmen, dass die Produktion behindert wird.

Herr Abgeordneter Vas hat vollständig recht, wenn er sagte, die Behauptung, dass die burgenländischen Arbeiter für den Rübenbau nicht geeignet seien, zeigt, dass die betreffenden Herrn davon nichts verstehen dürften. Diese Behauptung wurde von Leuten aufgestellt, die als Großgrundbesitzer oder deren Pächter infrage kommen. Die einheimischen Großgrundbesitzer waren es, die dies erklärten und sagten, dass unter allen Umständen ausländische Arbeiter eingeführt werden müssten. Ich habe nun gesagt, hochqualifizierte Arbeiter hin und her, sie können mich erst dann überzeugen, dass man es mit hochqualifizierten Arbeitern zu tun hat, wenn jeder ein Attest bringt, dass er von einer Hochschule kommt, wo man Rüben baut. Eine derartige Hochschule gibt es aber auch in der Tschechoslowakei nicht. Dagegen weiß ich aus Erfahrung, dass die burgenländischen Wanderarbeiter in Österreich ganz vorzügliche Rübenarbeiter sind. Die Sache liegt aber anders. Die Großgrundbesitzer wollen den Leuten nur zeigen: „es nutzt euch nichts, dass man euch an Österreich angeschlossen, wir tun doch, was wir wollen“. Kollege Vas hat mir heute in einem Privatgespräche bestätigt, was wir alle wissen, dass den Herren im Burgenlande die fremdländischen Arbeiter nicht deshalb so besonders ans Herz gewachsen sind, weil sie von einer Hochschule für Rübenkultur kommen, sondern weil sie fremdländischen Arbeiter, in dieses Land gestellt, mehr als willfähige Ausbeutungsobjekte in der Hand haben, als die einheimischen Arbeiter. Ich mache die rechte Seite dieses hohen Hauses darauf aufmerksam, daß es sich da nicht nur um lauter Parteigenossen von uns handelt, es tut mir ja leid, daß die Leute nicht alle zu uns gehören, aber sie werden mit der Zeit doch zu uns kommen. Die Sache ist so, daß der Import der fremden Arbeiter von den Arbeitgebern in erster Linie deshalb angestrebt wird, um damit die Einheimischen in Schach zu halten und das ist es auch, weshalb wir uns mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß fremdländische Arbeiter in das Land gebracht werden. In der ersten Sitzung ist es dann zum Beschlusse gekommen, in alle Gemeinden eine amtliche Aufforderung hinausgehen zu lassen, daß dort ein öffentlicher Anschlag gemacht wird, damit sich die Arbeiter melden, die sich für die Landwirtschaft verdingen wollen. Wir haben dabei im Auge gehabt, nicht nur das ganze Burgenland zu versorgen, soweit es Arbeitskräfte braucht, sondern den Überschuß, der sich dabei ergibt, dem Lande Niederösterreich zuzuschieben. Die amtliche Erhebung hat aber, wie es bei derartigen Dingen öfters vorkommt, vollständig versagt und uns nur 500 Personen ausgewiesen. Nach der Aufstellung der Arbeitgeber, nach den Anforderungen, die sie an uns gestellt haben, was sie an Arbeitern brauchen, hätten wir nahezu 5000 Arbeiter gebraucht. Die Gewerkschaft der Landarbeiter hat selbst eine private Erhebung vorgenommen und wir haben in dieser privaten Erhebung — ich

stelle das ausdrücklich fest — nicht ganz 2000 Leute aufgebracht. Damit haben wir gegenüber den Anforderungen noch immer ein Minus von über 2000 Leuten gehabt. Wir haben uns in der 1. Sitzung auf den Standpunkt gestellt, daß von einem Import fremder Arbeiter in das Land für die Rübenkultur erst dann die Rede sein kann, wenn nachgewiesen ist, daß man aus der einheimischen Bevölkerung nicht so viel herausbringt als gebraucht wird. Die Erhebungen haben uns im Stiche gelassen — darüber kommen wir nicht hinweg! (*Zwischenrufe.*) Lieber Herr Kollege Koch, wie Sie mit Ihrem Scharfblick alles voraussehen!

Viele von den Burgenländern, die heute nicht wissen, wo sie ein Unterkommen finden, waren damals, als diese Erhebungen gepflogen wurden, noch der Meinung, daß sie landwirtschaftliche Arbeiten nicht machen müssen, wenn sie früher andere Beschäftigung gehabt haben, für die sie geeignet wären. Nun hat es sich im Laufe der Zeit ergeben, daß die Arbeitsmöglichkeiten dadurch, daß uns die Sanierung nicht aufwärts, sondern immer weiter abwärts bringt, geringer wurden und das Heer der Arbeitslosen um so viel größer geworden ist. Dass wir die Zustimmung zum Import ausländischer Arbeiter gegeben haben, ist nicht aus Leichtfertigkeit geschehen, sondern wir haben das tun müssen, um uns nicht in die Gefahr zu bringen, vor der ganzen Öffentlichkeit als die bewussten Schädiger unserer Landwirtschaft darzustehen. Ich bin überzeugt, wenn alle Herren dieses Hauses, die meiner Partei nicht angehören, dort gesessen wären, so hätten sie denselben Standpunkt vertreten, wie ich ihn vertreten habe. (*Zwischenrufe.*) Ich halte es schon aus, wenn der Herr Abgeordnete Koch sagt: „ihr seid keine Burgenländer.“ aber zumindest wahren wir die Interessen des Landes nach bestem Wissen und Gewissen (*Mosler: das ist die Hauptsache!*) und trachten nach Möglichkeit, zum Besten der Burgenländer zu wirken. Wir haben schweren Herzens zustimmen müssen, da es die Unternehmer davon abhängig machten, ob sie Rüben bauen oder nicht und weil sie uns anhand von Zahlen die Notwendigkeit der Maßregel dargetan haben. Es ist gut, wenn man sich alles aufschreibt. Ich habe den Zettel mit den Ziffern noch immer und solche Aufschreibungen sind oft unangenehm. Die Herren haben bei den Verhandlungen eines getan und damit - ich sage es offen - haben sie auch mich hineingelegt, den man sonst nicht so leicht hineinlegen kann. Sie haben die Zahl derjenigen Arbeiter, die sie für den Betrieb neben den ständigen brauchen, so hoch angesetzt, dass wir dieses große Spatium bekommen haben, so dass noch fremde Arbeiter verwendet werden sollten, da das Burgenland eben nicht so viele hat als nötig sind. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen. Die Herrschaft Frauenkirchen hat uns Anfangs Februar zugesichert, dass sie mindestens 600 einheimische Arbeiter einstellt. Dazu brauchte sie noch 300 tschechoslowakische Arbeiter. Das Verhältnis war zwei Drittel zu einem Drittel. Es waren also im Ganzen 900 notwendig und wir mussten daher die Ergänzung und die 300 Leute zugestehen. Die Bewilligung, die die Arbeitgeber bekommen haben, hat sich in der Richtung bewegt, dass man zu dem, was bereits an Arbeitskräften da ist, das Minus ergänzt. Die fremdländischen Arbeiter sind nicht in der Form eingereicht worden, dass soundso viel von vornherein auf einen Bezirk gekommen wären, sondern die Gesamtzahl machte höchstens 2000 Arbeiter aus und es war bestimmt, dass der einzelne Betrieb nur so viele nehmen durfte, als er im Februar schon angesprochen hatte. Wir waren der Auffassung und haben im Wege der Verhandlungen immer darauf geschaut, dass die Herren in erster Linie Burgenländer für ihre Arbeiten verwenden und ihren Bedarf aus den Einheimischen decken und nur den Rest, der nicht aufzubringen war, aus den tschecho-slowakischen Arbeitern nehmen. Nun hat sich aber ergeben, daß man die Einheimischen nicht eingestellt, sondern draußen stehen ließ und sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit befleißigt hat, das Kontingent der fremdländischen Arbeiter hereinzubringen. Man ist noch weiter gegangen und hat den Leuten in den Verwaltungen gesagt: wir kriegen ohnehin Tschecho-Slowaken, wir brauchen euch nicht. Die Leute waren ehrlich aufgebracht, was begreiflich ist. Es wurde den Leuten gesagt: wir können euch nicht helfen, da müßt ihr zum Landarbeiterverband gehen, da er verlangt hat, daß wir die Tschecho-Slowaken einstellen. Damit ist aber die Tatsache genau in das Gegenteil verkehrt worden und wir haben es den Leuten auch gesagt, daß nicht wir es sind, die verlangt haben, daß die Tschecho-Slowaken hereinkommen. Allerdings haben auch in dieser Beziehung Lügen kurze Beine, weil die Leute die Unwahrheit eingesehen haben, als wir ihnen entsprechend Auskunft gegeben haben, und die Herrschaften auf das festzulegen, was sie

vereinbart hatten. Durch die Krise, die sich im Laufe der Monate immer mehr entwickelt hat, hat sich natürlich auch der Überschuß an einheimischen Arbeitern vergrößert und über das zuerst festgestellte Ausmaß erhöht. Dazu ist man hergegangen und hat versucht, mit den Ausländern auf die einheimische Arbeiterschaft einen Druck auszuüben, um die inländischen Arbeiter zu Paaren treiben zu können. Die Tschecho-Slowaken stehen unter dem Schutz der Konsulate und denen hat man von vornherein gesagt: Leute, organisieren braucht ihr euch nicht, euch geht der Verband nichts an, ihr steht unter dem Schutz der Tschecho-slowakischen Republik, wenn die Leute vom Verband kommen, sagt es uns nur und wir werden das Konsulat schon entsprechend mobilmachen. Das ist aber auch bei den anderen Arbeitern der Fall, die importiert werden. Man hat auch Arbeiter aus Jugoslawien importiert; das ist die Spezialität des Herrn Patzenhofer. Ich weiß nicht, in welchem nationalen Verhältnis er zu ihnen steht, er hat jedenfalls eine besondere Vorliebe für sie. Die Sache ist nun so, daß die einheimischen Arbeiter von der Arbeit ausgeschaltet sind. In Frauenkirchen hat man zuerst gesagt 600 bis 700 Arbeiter mindestens werden wir zur Saisonarbeit brauchen. Jetzt sind 250 tschecho-slowakische Arbeiter dort; die anderen bekommen sie nicht mehr. Der Oberverwalter sagt nun, wenn ich alle tschecho-slowakischen Arbeiter fortschicke, so ist es ausgeschlossen, 600 Leute aufzunehmen, weil ich für sie keine Beschäftigung habe. (*Hoffenreich: Die Schwindler sollten von der Gendarmerie abgeführt werden!*) Wir haben mit der Firma Hurtig und Rottermann bis 11 Uhr nachts verhandelt und sind zu einer Lösung gekommen, von der wir hoffen, daß sie alle befriedigt. Es ist erklärt worden, wir bekommen nicht so viel Leute als wir brauchen. Der Vertreter der Firma hat sich bis zum letzten Moment dagegen gewehrt, die Anzahl der Leute zu sagen, die einzustellen sie bereit wäre. Wir haben in der Verhandlung erklärt, dass alle diese Leute eingestellt werden müssen, ganz unbekümmert darum, wie sich die Herren die Sache ausmachen; sie sagen, sie sind gebunden, sie können die Tschecho-Slowaken nicht ohne weiteres wegschicken. Dann soll sie sich dieselben behalten. Aber die heimische Arbeiterschaft darf deshalb keinen Schaden leiden. (*Zustimmung links.*) Das ist das ausschlaggebende für uns. Wenn wir darauf aufmerksam machen, dass das Hierbleiben dieser Leute an und für sich schon ein Gefahrenmoment dadurch bildet, dass unsere Leute immer wieder ihre Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt sehen, so werden sie es begreiflich finden, dass unsererseits die Forderung erhoben wird, dass bei der Bundesregierung dahin zu wirken ist - denn sie ist in dieser Angelegenheit zuständig - dass die Arbeiter nur im Interesse der Ruhe dieses Landes außer Landes gebracht werden. Der Import fremdländische Arbeiter nach Österreich ist ein separates Kapitel. Dieser Import von Arbeitern geschieht gar nicht einvernehmlich, sondern erfolgt folgendermaßen: Im Bundesministerium ist eine Landarbeiterstelle, diese hat eine amtliche Arbeitsvermittlungsstelle; der Bequemlichkeit halber hat man diese Stelle den Arbeitgebern übertragen, so dass das Bundesministerium nichts anderes zu tun hat, als für die fremdländischen Arbeiter, welche die Arbeitgeber ansprechen, die notwendigen Einreisebewilligungen zu erteilen. Das ist die ganze amtliche Tätigkeit, die vom Bundesministerium in der Landesarbeiterfürsorge entwickelt wird.

Die Vorfälle, welches sich in Tadtén abgespielt haben, sind der Ausfluss dieser Verhältnisse. Die ständige Arbeiterschaft hat gar nicht gestreikt, wie heute schon festgestellt wurde. Die Tschecho-Slowaken sind gekommen und die Ortsbewohner sind es gewesen, die sich gegen diese Invasion aufgelehnt haben. Sie sind es gewesen, welche von der Verwaltung verlangt haben, dass man insolang mit der Verwendung dieser tschecho-slowakischen Arbeiter zurückhalte, als man nicht die einheimische Arbeiterschaft mit Arbeit beteiligt hat. (*Zustimmung links.*) Jedenfalls steht fest, dass der ganze dauerliche Vorfall sich nicht ereignet hätte, wenn man nicht im Burgenlande so viele Gendarmenschüler verwenden, wenn man in dieses Land nur wirklich erfahrene und im Dienst erprobte Leute schicken würde. (*Lebhafte Zustimmung links.*) Es wäre nicht geschehen, wenn man ins Burgenland Männer schicken würde, welche die Mentalität unserer Bevölkerung verstehen. Die Gendarmen hätten etwas Vernünftiges machen können als sie gemacht haben, ein paar ältere Gendarmen hätten mit den Leuten gewiss, als sie zum Verwalter gekommen sind, in Güte gesprochen. Es ist nicht richtig, dass die Leute, wie geschrieben wurde, bewaffnet gewesen sind. Das ist von ganz einwandfreien Zeugen festgestellt worden. Die Leute sind am Wege nach Hause gewesen und haben natürlich ihre diversen Werkzeuge

mit sich gehabt. Sie sind nun, als sie sahen, dass die Tschecho-Slowaken hier sind, so wie sie von der Arbeit gekommen sind, in die Gutskanzlei marschieren und haben verlangt, dass die Leute nicht eingestellt werden. Der Verwalter hat den Leuten gesagt, er könne das nicht aus eigenem verfügen, er müsse erst die Gutsleitung in Frauenkirchen befragen und sie müssen deshalb eine Stunde warten. Die Leute haben nun in ihrer Einfalt geglaubt, dass dieses Sich-ins-Einvernehmen-Setzen mit der Gutsleitung sofort geschehen könne. Sie kennen eben auch ihren Verwalter und wissen, dass er gern Verschiedenes hinaus schiebt, in der Hoffnung, dass manches darüber vergessen werde. Sie bestanden also darauf, dass das Einvernehmen mit der Gutsleitung sofort erfolge und darüber hat sich ein Wortgefecht entspannt. Die Gendarmen hätten uns sagen sollen: Schaut's, wartet's doch, man wird versuchen, euren Wünschen Rechnung zu tragen und sich mit der Verwaltung in Frauenkirchen ins Einvernehmen setzen. Statt in dieser Weise beruhigend auf die Leute einzuwirken, haben Sie, was ganz unnötig war, die Leute aus der Kanzlei mit gefälltem Bajonett hinauszutreiben versucht. (*Wolf: Das muss erst erwiesen werden!*) Herr Wolf, zu ihrer Beruhigung kann ich Ihnen sagen, dass das festgestellt ist! Davon ist nichts weg zu leugnen und darüber kommen die Gendarmen nicht hinweg. Es ist bedauerlich, aber es ist geschehen. Unter anderen sind dann noch die Frauen dazu gekommen und bei der sich nun entspringenden Streitereien haben sich die Gendarmen zu der Ungeschicklichkeit verstiegen, die Frauen mit Namen zu belegen, die in diesem Hause nicht zu wiederholen sind. Auch die burgenländische Gendarmerie ist eine österreichische Gendarmerie und ich muss sagen, dass wir derartige Dinge bisher nicht gewohnt waren und dass es nicht angeht, solche Sitten bei der österreichischen Gendarmerie, auch wenn sie Dienst im Burgenland macht, einreissen zu lassen. Ich muss sagen, dass man von der Gendarmerie, die im Burgenland verwendet wird, verlangen kann, dass sie diesen Dienst mit demselben Anstand und Takt wie in den anderen Bundesländern macht, in welchen es sich die Bevölkerung auch nicht gefallen lassen würde, wenn sie in dieser Weise bei ihren Amtshandlungen vorgehen wollte. Man darf nicht mit Ausdrücken wie „Gesindel“ und „Bagasch“ und wie diese zärtlichen Bezeichnungen sonst gelautet haben, herum werfen und erklären: „dass man es ihnen schon zeigen werde.“ Das trägt zur Hebung des Ansehens unseres Sicherheitsdienstes gewiss nicht bei. (*Lebhafte Zustimmung.*) Es muss mit allem Nachdruck gesagt werden, dass wir es unter keinen Umständen dulden werden, daß sich einzelne junge Männer, die bei der Gendarmerie im Dienste stehen, Dinge herausnehmen, die sie sich auch anderswo nicht herausnehmen dürften. Wenn die Herren glauben, daß sie den Burgenländern geistig so sehr überlegen sind, was sich bei ihnen dadurch ausdrückt, daß sie sich dementsprechend arrogant benehmen, so muß man ihnen von Amts wegen begreiflich machen, daß ihnen die Burgenländer zuweilen in puncto Besonnenheit Unterricht erteilen könnten (*Beifall links.*), daß die burgenländische Bevölkerung viel mehr über sich hat ergehen lassen müssen und dabei ruhig geblieben ist, und es daher nicht notwendig hat, sich von einigen ungeschickten Menschen provozieren zu lassen. Abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen bilden sich die Gendarmen ein, nur die Exekutivorgane eines Großgrundbesitzers oder seines Verwalters zu sein! (*Lebhafte Zustimmung links.*) Sie vergessen ganz, von wem sie gezahlt werden und zu welchem Dienste sie bestimmt sind. Gendarmen versteigen sich dazu, Leuten, die im Aufstand sind, zu sagen: „Wenn ihr nicht arbeitet, sperren wir euch ein!“ oder: „Ihr werdet an die Grenze gestellt, weil ihr noch keine österreichischen Staatsbürger seid“, trotzdem die Betroffenen auf Grund der bisher wirksamen Gesetze das Heimatsrecht im Burgenland schon besessen haben. Wenn die Herren sich also offen unter Negierung ihrer Aufgabe und Instruktion auf seiten der Unternehmer und deren Organe stellen, dann müssen wir begreifen, daß die Arbeiterschaft, ob es sich um ständige oder Saisonarbeiter handelt, auf die Leute nicht gut zu sprechen ist. Ich möchte also dringend bitten, daß von hier aus auf die Landesregierung und von dieser auf die Gendarmerie, eingewirkt werde, damit derartige grobe Übergriffe, die wir zu Dutzenden festgestellt haben, nicht mehr vorkommen. Wir wollen ja nicht Konflikte, sondern Ruhe und Ordnung, und sagen bei solchen Anlässen den Leuten immer: „Schaut, es wird sich doch mit den Leuten reden lassen. Die Gendarmerie ist aber bei solchen Dingen immer da, und wenn man einen Gendarmen fragt, wer ihn geschickt hat, so weiß er es nicht, er kommt eben zufällig, immer zufällig bei der Gutskanzlei vorbei. Warum, das entzieht sich meiner Kenntnis. Er hat in der Kanzlei

so wenig zu suchen als in einer Privatwohnung! Er hat erst einzuschreiten, wenn sich etwas Gesetzwidriges ereignet. Aber daß sich die Gendarmerie von vornherein auf die Gegenseite stellt, das läßt sich die Arbeiterschaft nicht gefallen und es ist begreiflich, daß sie um so stürmischer verlangt: Alle Fremden hinaus! weil man sieht, daß die Gendarmerie sich als Schutztruppe nicht der fremden Arbeiter, sondern der Unternehmer zeigt. Daß die Burgenländer die fremden Arbeiter als Feinde betrachten, ist ganz unrichtig. Unsere Leute wissen genau, daß auch diese Arbeitsmenschen ihr Stückchen Brot suchen müssen, was sie aber verlangen, ist, daß unserer heimischen Arbeiterschaft unter allen Umständen die Existenz gesichert wird. Wenn die Herren anfangs Februar durch ihre Ziffern die Zustimmung zum Import fremder Arbeiter bekommen haben, so haben sie jetzt die Pflicht, sämtliche Arbeiter dieses Landes, die Arbeit brauchen und die die Landwirtschaft verstehen, in Arbeit zu nehmen ohne Rücksicht darauf, welche Belastung dies für ihre Betriebe bedeutet. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.*)

Landeshauptmann Dr. Rausnitz: Es war nicht meine Absicht zu sprechen, nachdem Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Leser mit meinem Einverständnis ohnehin das Wesentlichste vorgebracht hat. Ich wiederhole nur, wenn Übergriffe vorkommen, werden sie untersucht und bestraft. Aber meine Pflicht als Leiter der mittelbaren Bundesverwaltung ist, mich für die Ehre unserer Gendarmerie einzusetzen. Ich erinnere daran, daß zwölf Gendarmen den Opfertod für das Burgenland gestorben sind und daß die Gendarmen ihren Verpflichtungen immer mit äußerster Aufopferung nachgekommen sind. Ich gehöre selbst zum Sicherheitsdienst und kann beurteilen, was es heißt, tagelang und unausgesetzt im Dienste zu stehen und zu einer gefährlichen und odiosen Tätigkeit herangezogen zu werden und ich muß daher dringend bitten, alles, was gegen einzelne Gendarmen vorgebracht wird, mir, durch konkrete Anzeigen erhärtet, zur Kenntnis zu bringen. Ich kann Sie versichern: es wird nichts untersucht und ungeahndet bleiben. Im großen und ganzen kann ich mich nur aufs wärmste für unsere Gendarmerie einsetzen, die gewiß der Gendarmerie jeden anderen Bundeslandes vollständig ebenbürtig ist, ja, die im Gegenteil — durch den langjährigen Grenzdienst gestählt und gehärtet — vielfach der in den anderen Bundesländern überlegen ist. (*Lebhafter Beifall.*)

Kogl: Da der traurige Fall sich in meinem Bezirk ereignete, bin ich gezwungen, auch darüber zu sprechen und meinen Herren Vorrednern manches zurückzuweisen. Soweit ich die Gendarmerie kenne, glaube ich nicht, daß sie Übergriffe macht. Es ist vielmehr traurig für unsere Gendarmerie, wenn sie von den Zeitungen so angegriffen wird. Es würden sich nicht solche Fälle ereignen, wenn die Arbeiter nicht durch ihre Führer verhetzt würden. Wer sind denn die Arbeiterräte? Leute, die teilweise im Landesgericht sitzen. Und es ist traurig, daß man solche Leute an die Spitze stellt. Ich getraue mich ruhig und offen zu sagen, wenn anständige Arbeiter an der Spitze wären, wäre es anders. (*Till: Das ist eine gemeine Verleumdung!*) Was den Streik wegen der Slowaken betrifft, so sage ich selbst, die Fremden gehören nicht her. In erster Linie gehören unsere Arbeiter her, aber sie haben ihre Sache selbst durch wiederholte Streiks geschädigt, (*Zwischenrufe.*) Lassen wir das nur ruhig sein! (*Zwischenrufe.*) Im Gegenteil, es war vor kurzer Zeit ein Streik wegen einiger Mängel (*Ruf links: Hättet ihr sie nicht ausweisen lassen!*) Sie waren bereits ausgewiesen! Ich will diesbezüglich nichts weiter ausführen. Wir treten für den Grundsatz ein Leben und leben lassen! (*Zwischenrufe.*) Ja, wenn die Herren damit kommen und die Lohnarbeiter um 7 Uhr anfangen und um 6 Uhr abends aufhören lassen (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Ja, um 10 K!*), dann kann man das ja auch zahlen. Ich war selbst vier Jahre auf einem Meierhof und habe unlängst geschildert, wie wir da gearbeitet haben. Wenn gearbeitet wird, so kann man auch zahlen dafür, aber wenn es nicht in diesem Sinne geht, dann kann die Herrschaft, nicht existieren. Wir können die Landarbeiter nicht mit den Fabrikarbeitern vergleichen; die Fabrikarbeiter arbeiten in einer Stunde so viel, wie ich in zwei Stunden. (*Wimmer: Wie lange arbeiten ihre Arbeiter, wenn sie welche haben?*) Sicher Von früh bis abends! — Es kommt ja auch nicht nur das Interesse der Herrschaft in Betracht, denn wir vertreten nicht nur den Grundbesitz, sondern wir vertreten hier das allgemeine Wohl. (*Zwischenrufe.*) Ich würde Ihnen meinen Besitz heute noch übergeben und

Sie würden selbst sagen: Ja, so geht das nicht! (*Rufe bei den Sozialdemokraten: Überlassen sie ihn mir!*) Ich weiß nicht, ob Sie sich das nicht überlegen würden! Die heutigen Zeiten sind nicht so brillant, das wissen Sie genau! Es geht niemandem gut.

Hiemit möchte ich meine Worte schließen und ich wiederhole nur noch einmal: Wir sind auf dem Standpunkt: Leben und leben lassen! Aber wenn der andere lebt, so muß man auch mich leben lassen!

Schneider: Hohes Haus! Ich möchte nur den Ausführungen meines Vorredners unserer Partei kurz etwas hinzufügen. Worum es sich schließlich und endlich am meisten handelt, das ist die Unterstützung der Bewegung gegen die Arbeiterschaft aus der Bauernschaft heraus. Es handelt sich da um drei Fälle, die mir bekannt sind.

Sie werden vielleicht gehört haben, was in unserem Viertel vorgegangen ist. Der Streik in Donnerskirchen, den die Arbeiter in den Meierhöfen führen, ist ganz begreiflich, weil die Leute eben mit der Bezahlung, die sie von der Gutsverwaltung bekommen, nicht existieren können. Es ist ausgeschlossen, daß sie von dem Lohn leben können. Nun hat sich der Verwalter in Donnerskirchen (*Rufe: Hört!*) eine Courage genommen und hat in Donnerskirchen austrommeln lassen, daß die Bauernsöhne und Bauern, die zur Arbeit hinausgehen, 25.000 K erhalten, was der Patzenhofer noch nie bezahlt hat. (*Ruf links: Das sind mehr als Streikbrecher!*) Jawohl, das sind mehr als Streikbrecher.

Am Samstag, den 6. d. M., ist wieder in Trauersdorf unten von den Großbauern ein gewisser Johann Pintericz im Dorfe von Haus zu Haus gegangen und hat die Einwohner aufgehetzt, so dass er mit großem Terror 28 Leute zusammengebracht hat und mit ihnen in den Meierhof hinausgegangen ist. Er war der Arbeitsvorsteher und ich bin überzeugt, wenn die Kollegen Gandl und Vas mit ihren Kollegen Koch in Trauersdorf wären, so wären sie selbst mitgegangen und hätten sie alle vier die gleiche Rolle gespielt. Die Löhne, die die Arbeiter heute im Burgenland erhalten, sind so schundig, dass man davon nicht existieren kann. Die Trauersdorfer Kerle, die Großbauern, sind also in die Arbeit gegangen, haben sich aber gefürchtet, dass etwas von unserer Seite kommt und haben die Eisenstädter Gendarmerie verständigt und die hat sie auf drei Seiten geschützt, falls von unserer Seite eine Kontrolle kommt. Die Gendarmerie war auf drei Seiten aufgestellt. Wir im Burgenland nennen uns heute ein freies Land. Wenn die Freiheit aber so ausschaut, dann, meine liebe Herren, geht es so nicht mehr weiter!

Rust ist früher königliche Freistadt gewesen und es ist heute noch stolz darauf. Von dort ist schon am Mittwoch eine Meldung nach Ödenburg gekommen, dass sich unsere Arbeiter vorbereitet haben, um in der Zeit der Bespritzung in den Streik zu treten. Was die Ruster Arbeiter geplant hatten, war schon am Samstag, den 6. d.M., im „Ödenburger Blatt“ zu lesen. Ich bin nun damals mit dem 10-Uhr-Zug von Wien nach Eisenstadt zurückgekommen und habe mit eigenen Augen gesehen, wie 28 Hakenkreuzler eingestiegen sind. Die Leute haben das Hakenkreuz natürlich nicht gezeigt, aber ich habe es doch gewusst; sie haben sich als Hochschüler ausgegeben. Sie sind natürlich aufgenommen worden und haben dafür, dass sie die Ruster Arbeiter abschrecken, 15.000 K für den Tag und das „Wasserle“, den Trunk erhalten. Diese Hakenkreuzler sind also bestellt worden, damit sich die Ruster Arbeiter ja nicht rühren können.

Ich ersuche die Landesregierung und möchte da besonders zum Herrn Landeshauptmann sprechen ... Ich sehe aber, dass er gar nicht hier ist und muss daher darauf verzichten. Ich werde später nochmals sprechen.

Till: Hohes Haus! Bedauerlicherweise muss ich feststellen, dass die hohe Landesregierung und so auch die rechte Seite des Hauses sich hier sehr langweilt. Ich möchte nur feststellen, dass es jedem Menschen einleuchten muss, dass der Zwischenfall, der sich in Tadtten abgespielt hat und der heute als eine Affäre bezeichnet wird, sehr unterschätzt wird, wenn man glaubt, in ihm nur einen Übergriff einzelner Gendarmerieorgane erblicken zu sollen. Das ist bedauerlicherweise ein Problem, an dem sich, wie ich vernehme, die rechte Seite dieses Hauses sehr, sehr uninteressiert erklärt. Ich sage Ihnen,

daß in diesem Lande nicht früher Ruhe einkehren wird, nicht früher geregelte, wirtschaftliche Verhältnisse eintreten können, solange nicht die so krassen Besitzunterschiede ausgeglichen und eine Bodenreform zur Durchführung gelangt ist. Es wäre daher sehr angezeigt, wenn die rechte Seite dieses Hauses anwesend wäre. Vielleicht könnten sie auf Ihre Schützlinge einwirken, daß sie sich mit diesem Gedanken etwa mehr befreunden. Zahlen sind wohl ein trockenes Material, mit dem sich nicht sehr viele Menschen gerne beschäftigen. Trotzdem müßten sich die Herrschaften für die Zahlen, die ich Ihnen vorführen will, ein bißchen interessieren. Ich meine, es wäre notwendig, der freiwilligen Lösung des so eminent wichtigen Problems der Agrarfrage dieses Landes näher zu treten. Denn, sonst könnte es, so bedauerlich es wäre, in diesem Lande zu noch viel größeren Ausschreitungen und Übergriffen kommen, als sich in Taden ereignet haben. Ich stelle fest, wenn wir diese Frage nicht innerhalb kurzer Zeit von dieser Stelle aus behandeln werden, werden wir in diesem Lande noch sehr schweren Tagen entgegen gehen. Wir werden uns davon überzeugen müssen, daß die burgenländische Landarbeiterschaft und die Kleinbesitzer nicht gesonnen sein werden, immer den Weisungen des Herrn Zimmermann und sonstiger Herren zu folgen und nach Brasilien auszuwandern, um dort in den Steingruben schwere Arbeit zu leisten. Wir werden hören müssen, daß sie sagen werden: Wir werden nicht auswandern, denn wir haben Grund und Boden genug im Lande, wenn eine entsprechende Bodenreform durchgeführt wird. Auch die Herren Bauernvertreter — es ist bedauerlicherweise nur ein Herr von ihnen anwesend . . . (*Ruf rechts: zwei!*) verzeihen Sie, das ist der Herr Regierungsvertreter — haben ein eminentes Interesse daran, dieser Frage näher zu treten. Ich bitte Sie, diese Frage nicht bloß als eine Affäre zu betrachten; diese Frage muß gründlich untersucht, es muß ihr de facto auf den Kern gegangen werden, sonst werden wir in diesem Land alljährlich im Frühjahr Unruhen haben, weil die Landarbeiterschaft mit Recht um ihre Existenz beunruhigt ist. Halten Sie sich die Zahlen vor Augen, die ich Ihnen vorführen werde. Ich weiß nicht, ob Sie sich schon eingehend damit befaßt haben und ob das Landeskulturamt nach einem Jahr in der Lage sein wird, wenigstens annähernd festzustellen, in welchen Händen sich Grund und Boden dieses Landes befinden, wie viele Besitzer eigentlich vorhanden sind. Ich weiß, nicht, ob das Amt dieses statistische Material überhaupt hat. Ganz genau weiß ich aber, daß es die christlichsoziale Partei nicht hat. Denn sonst könnte sie nicht diese eminent wichtige Frage so gleichgültig behandeln. Führen Sie sich also diese Zahlen vor Augen und dann werden Sie sofort sehen, mit welcher Berechtigung Landarbeiter, Kleinhäusler und Arbeitsbauern zur Lösung dieser Frage drängen. Im Burgenland sind allerdings einschließlich Ödenburg und Umgebung — diese Statistik ist dem alten Trianoner Vertrag entnommen — 410.000 Katastraljoch Ackerfeld, die sich folgendermaßen verteilen:

In den Händen von 14.500 Familien befinden sich Grundflächen in der Größe von 0 bis 1 Joch, das sind 27,53 Prozent. Im Besitze von 13.700 Familien befinden sich 1 bis 3 Joch. Im Besitze von 7760 Familien sind 3 bis 5 Joch, im Besitze von 10.575 Familien sind 5 bis 10 Joch.

Von den 52.727 selbständigen Besitzern sind 35.960 sogenannte „Zwergbauern“ oder „Kleinhäusler“, die weniger als 5 Joch haben. Dann besitzen 630 Familien 10 bis 50 Joch, 216 Familien 50 bis 100 Joch, 58 Familien 100 bis 200 Joch, 36 Familien 200 bis 600 Joch, 26 Familien 500 bis 1000 Joch und 10 Familien über 1000 Joch. Es ist aus dem Material zu ersehen, daß den Interessen 23.200 besitzender Personen 164.600 Nichtbesitzer, die 32.600 Zwergbesitzer miteingerechnet, gegenüberstehen. Es ist weiters zu ersehen, daß 32.600 Kleinhäusler insgesamt so viel Joch Grund haben, als 346 Großbauern. Unter diesen Großbauern sind 10 Großgrundbesitzer. Sie sehen also, welche krassen Unterschiede da sind. 346 Familien haben mehr Besitz als 52.700 Familien. Da sind aber die Familienmitglieder noch nicht in Rechnung gezogen! Ähnlich ist es beim Walde. Wir haben im Lande 232.000 Joch Wald. Von diesem befindet sich eine Fläche von 131.000 Joch im Besitze von 130 Leuten, von denen jeder über 100 Joch hat.

Zweiter Präsident: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, bei der Sache zu bleiben.

Till: Ich möchte nur feststellen, daß diese Sache nicht als eine Lappalie und nicht als eine zufällige

zu bezeichnen ist, sondern daß sie eben das chronische Übel in diesem Land ist. Es bestehen aber auch nirgends in diesem ganzen Bundesstaate so krasse Gegensätze wie bei uns. Ich bitte deshalb die rechte Seite dieses Hauses, wenn von der Landarbeiterfrage und von den Kleinhäuslern gesprochen wird, nicht so nervös zu werden. Sie müssen dieser Frage näher treten und sich mit ihr befassen. Ich erlaube mir noch, auf etwas zurückzukommen, was während der Debatte zur Sprache gekommen ist.

Ich bin das diesen armen anständigen Arbeitern schuldig, die das Schicksal dazu gebracht hat, daß heute 21 Personen im Landesgerichte sitzen und ihre Familien und Kinder Tage und Nächte unruhig schlafen aus Sorge um die Zukunft, daß ich es zurückweise, daß man diese Leute, wie Herr Kögl sagt, als unanständig hinstellen. Ich protestiere dagegen, daß diese anständigen und fleißigen Leute von einem Abgeordneten in solcher Weise beleidigt werden. Auch Herr Abg. Koch sollte nicht in solcher Weise von den Vertrauensmännern der Arbeiter sprechen. Herr Abg. Gangl hat in seinem Zwischenrufe gesagt, wir seien diejenigen, die von der Gnade des Herrn Bosel leben. Zur Feststellung auch für die breite Öffentlichkeit bringe ich zur Kenntnis, Sie haben von der Schutztruppe des Herrn Bosel nicht zu sprechen. Gerade Sie sind diejenigen, die vor kurzer Zeit, wie ich von einem ihrer Gesinnungsgenossen, einem „Auchpriester“, erfahren habe, von diesem Herr Bosel 7 Millionen für die Glocken des 13. Bezirkes erhalten haben. Ich glaube also, daß Sie diesem Herrn dafür bestimmte Gegendienste leisten müssen. Wenn man Butter auf dem Kopfe hat, darf man nicht in die Sonne gehen - und daher auch nicht so leichtsinnig sprechen. Die Frage ist eine sehr ernste und es wäre schon erwünscht, daß sie auch von der rechten Seite und von der Landesregierung so behandelt wird. Sie ist eine Frage, die für die ganze Landwirtschaft unbedingt gelöst werden muß. Erst dann werden wir aller dieser Übel entledigt sein und werden unseren Häuslern und Arbeitern eine bessere Zukunft sichern. *(Beifall)*

Wolf: Es ist schon so vieles hin und her geredet worden, daß ich bitte, es auch mir nicht zu verübeln, wenn ich einige Worte beifüge. Wir haben heute wieder die traurige Erfahrung, daß in allen Fragen alles immer nur parteipolitisch aufgepänt und gewertet wird. Von rechts und links sind Einwürfe, Verdächtigungen und Verleumdungen vorgebracht worden und nur ganz nebstbei hat man sich auch mit der sozialen Seite der Angelegenheit beschäftigt. Der Gesamteindruck war, daß diese traurige Angelegenheit parteipolitisch ausgenutzt wird, als stünden wir schon jetzt vor dem Wahlkampfe. Gestatten Sie, daß ich diesen Weg nicht betrete, sondern die Angelegenheit möglichst objektiv betrachte. Die Tatsachen sind folgende: Die Landarbeiterorganisation hat ihre Einwilligung gegeben, daß tschecho - slowakische Arbeiter hereingebracht werden. *(Ruf: Unter dem Druck der Regierung und infolge der Irreführung!)* Druck oder Irreführung, oder nicht, das ist hier für eine objektive Beurteilung ziemlich irrelevant. Tatsache ist, daß die von Ihnen organisierten Arbeiter in Frauenkirchen nicht das Recht gehabt hätten, gegen eine Anordnung, die von Ihnen hinausgegangen ist, sich aufzulehnen. Tatsache ist, daß Ihre eigenen Arbeiter sich gegen die Tschechen, die mit Ihrer Zustimmung hereingebracht wurden, aufgelehnt haben. Mir ist von glaubwürdiger Seite gesagt worden, als die Arbeiter in Taden erfuhren, daß die Tschecho-Slowaken einziehen, sind sie in große Aufregung geraten, man hat gefürchtet, die fremden Arbeiter würden angegriffen werden und man hat ihnen daher, sage und schreibe, zwei Gendarmen mitgegeben. Nicht ungarische, sondern österreichische. Das ist doch kein Grund gewesen, diese zwei Gendarmen anzugreifen und zu entwaffnen. Herr Abgeordneter Mosler hat diesen Gendarmen Feigheit vorgeworfen. Sie haben sich aber aus dem Zimmer, in dem 10-12 Arbeiter waren, entfernt und sind aus „Feigheit“ in den Hof gegangen, wo vielleicht Hunderte von Arbeitern waren. *(Rufe: Es war Sukkurs da!)* Momentan waren es nur zwei. Erst nachdem diese entwaffnet waren, wurde Sukkurs geholt, 50 Mann und diese sind nachmittags eingetroffen. Können Sie es, Hand aufs Herz, billigen, dass diese zwei Gendarmen entwaffnet wurden? Ich weiß es ja nicht, aber wenn diese Gendarmen sich vielleicht tatsächlich ungebührlich benommen haben, so werde ich sie genauso verurteilen wie sie. Aber sie geben ja selbst zu, dass die Gendarmerie bisher immer tadellos war und sich sehr anständig benommen hat. Können Sie denn dieses psychologische Rätsel nicht erklären, wenn vielleicht diese Gendarmen in berechtigter Aufregung sich hinreißen ließen, was übrigens erst nachgewiesen werden muss? Vielleicht sind sie nicht so vorgegangen, wie sie von Dienstes wegen tun sol-

len, aber das muss erst bewiesen werden. Man darf doch nicht deshalb hier vom Landtag aus alle jene Gendarmen, die sich bisher tadellos bewährt haben - von den Fehlern abgesehen, wie sie ja jeder Mensch hat - wegen einiger Gendarmen sozusagen gemaßregelt wissen wollen, die sich gegen eine von zwei ausländischen Arbeiterführer verheizte Menge hinreißen haben lassen und gegen die sie nicht mit Glacéhandschuhen vorgegangen sind, wie sie es vielleicht erwartet haben. Das ist übertrieben und darauf werde ich und meine Partei nie eingehen! Sind Übergriffe vorgekommen, so werden und sollen sie untersucht werden. Aber man sollte nichts aufbauschen und von unserer Stelle aus, an der nur landesweite Angelegenheiten besprochen werden sollen, wegen zwei Hetzern die ganze Gendarmerie sozusagen diskreditieren. Dagegen müssen wir uns verwahren! (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist eine Agitationsrede, die sie da halten!*)

Es ist ein Resolutionsantrag gestellt worden, der aus zwei Teilen besteht, wenn ich recht verstanden habe. Der erste Teil besagt, dass in erster Linie die Interessen der burgenländischen Arbeiter zu schützen sind. Das kann man ohne weiteres annehmen; keine Partei wird dagegen Stellung nehmen und jedermann wird das gutheißen. Für den zweiten Teil der Resolution aber, der besagt, dass von der Regierung gegen die Gendarmerie eine großzügige Untersuchung eingeleitet werden soll (*Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten*) - und durch den der Anschein erweckt werden soll, dass die Gendarmerie sich ich weiß nicht was für Verbrechen zu Schulden hat kommen lassen -, für diesen zweiten Teil werden wir nicht stimmen. Ich für meinen Teil würde diesem zweiten Teil des Antrages dahin abändern, daß jene zwei Hetzer, die nachgewiesenermaßen ungarische Staatsbürger sind und die nicht zum erstenmal, sondern seit Jahr und Tag die ruhig arbeitende Bevölkerung verhetzen, ehestens ausgewiesen werden. (*Beifall bei den Parteigenossen.*)

Gangl: Hoher Landtag! Die krisenhaften Zeiten, in denen wir leben, bringen es mit sich, daß sich Zusammenstöße und unangenehme unruhige Ereignisse zutragen. Ich finde es vollkommen begreiflich, daß jene Parteien, deren Leute in diese Unruhen hineingezogen wurden und deren Parteigänger unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden, sich mit aller Gewalt für ihre Anhänger einsetzen und sie verteidigen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß in dieser Verteidigung besonders die politischen Führer die Ruhe und Überlegung nicht verlieren dürfen. Wenn sie ihre Parteianhänger verteidigen und ihnen helfen wollen, so dürfen sie nicht durch Übereifer die Politiker anderer Richtung und amtliche Organe beleidigen oder das zulassen und sie dürfen nicht alles so hinstellen, als ob ihre Parteigänger selbst gar keinen Fehler begangen hätten. Nachträglich die ganzen Kämpfe und Unruhen zu untersuchen und dann auf jeden einzelnen Fall zu sehen und festzustellen, daß der und der gefehlt und Übergriffe begangen hat, das ist sehr leicht. Aber denken wir uns nur in die Situation hinein, die dort in den Gemeinden gewesen ist, und Sie werden einsehen, daß auf jeder Seite Fehler vorgekommen sind, die wir verurteilen müssen, Fehler, die aber auf keiner Seite Verbrechen gewesen sind! (*Hoffenreich: Das müssen sie aber auch ihrer Zeitung sagen!*) Da möchte ich schon mit dem Herrn Abg. Wolf einen gemeinsamen Weg gehen, wenn er besonders die Herren von der linken Seite bittet, der Gendarmerie gegenüber mit dem Urteile vorsichtig zu sein. Die Leute haben einen schweren Dienst und das ist kein Vergnügen! (*Schneider: Kellerdienst ist ein schwerer Dienst!*) Seien wir nicht kleinlich, es ist davon nicht die Rede. Wenn so etwas vorkommt, so zeigen Sie es dem Bezirkskommando an und das wird dann die Nachforschungen machen. Aber das eine möchte ich sagen, und da stimme ich dem Herrn Abg. Wolf bei, daß wir uns, solange nicht eine Untersuchung gewesen ist, für die Gendarmerie einsetzen und sagen sollen: Es darf nicht das ganze Korps angegriffen, werden und wenn wirklich einzelne einen Fehler begangen haben, so soll entsprechend gegen sie vorgegangen werden.

Dagegen müssen wir uns aber energisch verwahren, daß der Herr Abg. Mosler mein Partei und mich persönlich in der Weise angreift, wie er es getan hat und uns als solche hinstellt, die solche Übelstände, die vorgekommen sind . . . (*Zwischenrufe des Abgeordneten Mosler*). Meine Zwischenrufe haben etwas ganz anderes enthalten! (*Zwischenrufe.*) Stellen Sie einen solchen Sanierungsplan auf, dann wird der Seipel auch dafür sein und gerne Weisungen annehmen. Ich möchte mich aber entschieden dagegen verwahren, daß Sie uns so darstellen, als ob wir uns nur für eine Klasse einsetzen.

Wenn wir die Stimmzettel untersuchen würden, ich weiß nicht, ob nicht alle, die Sie als unsere Feinde hinstellen, gerade für uns gestimmt haben. Sehr viele sind ja gar nicht wählen gegangen und wir können beweisen, daß sie nicht gegen uns abgestimmt hätten! Wir verwahren uns dagegen, daß eine Klasse gegen die andere Klasse ausgespielt wird und daß wir selbst nur den Großen gegen die Kleinen die Stange halten. Wir sind eine Volkspartei, wir stützen jeden Stand und sind entschieden dafür, daß man die Interessen der Besitzenden . . . (*Dr. Wagast: Jeden Stand kann man nicht vertreten!*). Wenn Sie es nicht verstehen, wir verstehen es! (*Lebhafte Heiterkeit.- Ruf links: Augenauswischerei!*) Übergriffe werden wir bei niemand verteidigen, auch wenn der Betreffende uns nahesteht. Das wollte ich noch kurz zur Debatte bemerken. Wir stellen uns auf den Standpunkt, den der Herr Abg. Wolf vorgeschlagen hat und in dieser Hinsicht nehmen wir die Resolution in geänderter Form an. (*Händeklatschen rechts*)

Landeshauptmann-Stellvertreter Leser: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Wolf hat das spezielle Talent, fast in jeder Sitzung eine bestimmte Gruppe seiner Wähler abzustoßen. Er hat durch eine äußerst glückliche Interpellation über die besoffenen Eisenbahner (*Ruf links: Sehr gut!*) den granitnen Block der großdeutschen Wählerschaft im Bezirke Neusiedl von sich abgeschreckt. Er hat es ein zweitesmal ebenso mit einem Anträge hinsichtlich der bodenständigen burgenländischen Beamten fertiggebracht, die nicht bodenständigen großdeutschen Wähler abzustoßen. Nun sind ihm von seiner großen Wählergruppe nur mehr die Gendarmen übrig geblieben (*Heiterkeit*), die er noch nicht von dieser Stelle aus beleidigt hat. Ich finde es daher sehr begreiflich, daß er sich jetzt an die Gendarmen klammert, jenem Rest der öffentlichen Angestellten, der das Vergnügen hat, von ihm von hier aus noch nicht beleidigt worden zu sein. (*Rufe links: Sehr gut!*) Seine pathetische Verteidigungsrede der Gendarmerie will ich nur von dem Standpunkt aus betrachten, daß er auch einmal imstande ist, eine seiner Wählergruppen nicht zu beleidigen, sondern das Gegenteil davon zu machen. Wenn der Herr Abg. Wolf uns hier in pathetischem Tone den Vorwurf macht, daß wir die Gendarmerie nicht würdigen, daß wir die großen Verdienste, die sie um das Land hat, nicht anerkennen und ausgerechnet er sich berufen fühlt, uns gegenüber als Verteidiger der Gendarmerie aufzutreten, so bin ich der Meinung, daß er damit gerade der Gendarmerie einen äußerst schlechten Dienst erweist. Herr Abg. Wolf, mir können Sie nicht den Vorwurf der Demagogie machen, den Sie unseren Leuten gegenüber in dieser Frage machen, denn ich habe den Mut gehabt, eine sehr unpopuläre Aufgabe auf mich zu nehmen. Ich bin gleich nach dem Ausbruche der Wirren in das Streikgebiet hinausgegangen und habe unsere Leute zur Ordnung gemahnt und zur Ordnung gebracht, was sicher nicht so angenehm gewesen ist, als es gewesen wäre, die Leute gegen die Gendarmerie aufzuhetzen. Ich erhebe Anspruch darauf, daß meinen Worten nicht propagandistische Unterabsichten zu unterstehen sind, wenn ich behaupte, daß es mir damals als Österreicher im Herzen weh getan hat, wie ich von der burgenländischen Bevölkerung gehört habe, daß sie nicht wisse, was in unsere Gendarmerie hineingefahren sei. Ich erblicke eben auch in der österreichischen Bundesgendarmerie den österreichischen Gedanken repräsentiert und habe immer mit Stolz auf den Unterschied zwischen der österreichischen und ungarischen Gendarmerie hingewiesen. Nun mußte ich nicht von ungarischen Knechten und verhetzten Jünglingen, sondern von 60 bis 70 jährigen, klardenkenden und urteilenden Leuten hören, daß die Gendarmerie Dinge in Tadt gemacht hat, die nicht einmal die Banditen gemacht haben. (*Rufe links: Hört! Hört! Was sagt ihr dazu?*) Ich will der Untersuchung, die in dieser Angelegenheit eingeleitet werden wird, absolut nicht dadurch vorgreifen, daß ich einzelne Anklagen erhebe und konkrete Fälle anführe, sondern ich sage nur, im Interesse der Reputation der Gendarmerie hat dieser Landtag in der heutigen Sitzung zu sagen, daß er die Dinge, die jetzt vorgekommen sind, gewiß nicht als solche betrachte, die geeignet wären, die österreichische Gendarmerie als solche zu kompromittieren. Der Landtag hat durch eine scharfe Stellungnahme gegenüber diesen Ausschreitungen festzustellen, daß er sie als Ausnahmefälle betrachtet, deren Abstellung er nicht nur im Interesse der Bevölkerung, die von derlei Dingen verschont sein soll, sondern auch im Interesse der österreichischen Gendarmerie wünsche, die auch weiterhin den Ruf bei der Bevölkerung genießen soll, den sie genossen hat. Der Landtag soll die Abstellung im Interesse des österreichischen Gedankens, der auch auf den Bajonettspitzen der Gendarmerie in den Gemeinden draußen

getragen wird, wünschen. Von diesem Gesichtspunkt aus, Herr Abgeordneter, ist unser Antrag geleitet gewesen und ich würde den Landtag, die Partei oder den Abgeordneten nicht verstehen, der das nicht kapieren wollte, der in diesem Antrag etwas anderes sehen wollte, als eben das Bestreben, daß durch ihn der österreichischen Gendarmerie im Burgenland auch weiterhin ihr gutes Renommee erhalten bleiben soll. Wir kommen über gewisse Dinge dadurch nicht hinweg, daß wir über sie nicht sprechen. Diese Dinge sind nun einmal dort geschehen, sie werden besprochen und werden vielleicht in einer verzerrten Form besprochen. Sie sind daher geeignet, als Gerüchte ein schlechtes Licht auf diese Bundesinstitution zu werfen. Wenn wir es hingegen als unsere Pflicht betrachten, dahin zu wirken, daß diese Angelegenheit so rasch als möglich bereinigt wird, dann wird der ganzen Bevölkerung klar sein, daß es sich hier nur um einen Ausnahmefall handelt, der nicht geeignet ist, die ganze Institution zu kompromittieren. Diese Leute von Tadtén, welche die Gendarmen entwaffnet haben, haben sicher einen Fehler begangen. Ich bin mutig genug gewesen, das den Leuten ins Gesicht zu sagen und es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß die Leute nicht zumindestens eine Dummheit begangen haben, als sie sich in freilich begreiflicher Aufregung hinreißen ließen, die Gendarmen zu entwaffnen. Sie werden dafür vom Landesgerichte streng verurteilt werden, sie werden dafür zu büßen haben, weil das Strafgesetz keinen Pardon kennt. (*Beifall links.- Gelächter rechts.*) Es wird ihnen jene Strafe auferlegt werden, die das Strafgesetz für derlei Fälle vorsieht. Wenn wir es nun auch nicht verhindern können, daß diese Leute ihre Strafe erhalten (*Zwischenrufe und lebhafte Unruhe.- Der Vorsitzende gibt wiederholt das Glockenzeichen*) und wenn auch vielleicht viele von Ihnen nicht verhindern wollen, daß diese Leute ihre Strafe bekommen, so ist es doch ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch jene der Strafe zugeführt werden, welche auf der andern Seite gefehlt haben. (*Beifall links.*)

Schneider: Hohes Haus! Ich habe vorhin meine Ausführungen geschlossen, weil der Herr Landeshauptmann augenblicklich nicht hier war. Ich habe im Monat Jänner an den Herrn Landeshauptmann eine Beschwerde wegen der Gendarmerie eingereicht. Ich habe mich darin über das Verhalten der Gendarmerie im Burgenlande, beziehungsweise im Bezirke Eisenstadt und Neusiedl am See beklagt. Der Herr Landeshauptmann hat mir die Versicherung gegeben, daß sich die Verhältnisse bessern werden und daraufhin habe ich meine Beschwerde wieder zurückgezogen. Leider haben sich die Verhältnisse aber nicht gebessert, sondern sie haben sich im Gegenteil in unserer Gegend um 100 Prozent verschlechtert. Heute kann ich berichten, wie sich die Gendarmerie verhält. In Ortschaften mit sozialdemokratischen Bürgermeistern kümmern sie sich gar nicht darum, was dort vorgeht. Sie gehen monatelang beim Hause des Bürgermeisters vorüber, ohne zu fragen, was es eventuell in der Gemeinde neues gäbe. Wir möchten daher den Herrn Landeshauptmann ersuchen, entweder zu veranlassen, daß im Eisenstädter Bezirke die Gendarmerie ausgewechselt werde oder darauf einzuwirken, daß sie sich in ihrem Verhalten bessere. (*Beifall links.*) Ich möchte noch betonen, was die Bauern für eine Macht haben: Nach dem Kriege hat es immer geheißén, die Arbeiterschaft will den Bauern ihr Eigentum wegnehmen, aber niemand kann beweisen, daß ein Arbeiter einem Bauern auch nur das Schwarze unter dem Nagel genommen hätte. Im Gegenteil, heute ist bewiesen, daß die Bauern mit 28 Mann aufmarschiert sind, um den Landarbeitern den Taglohn wegzunehmen. Also nicht die Arbeiter nehmen den Bauern etwas weg, sondern umgekehrt. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann ersuchen, wenigstens in einigen Orten, wie Trauersdorf, wo der klare Beweis vorliegt, die Leute zu verständigen, daß so etwas nicht erlaubt ist. (*Beifall.*)

Landeshauptmann Dr. Rausnitz: Ich bin aufrichtig gesagt nicht in der Lage gewesen, den Ausführungen des Herrn Abg. Schneider ganz zu folgen. Insbesondere bezüglich dieser letzten Behauptung steht die Sache so. Die Gendarmerie ist nicht wie früher ein militärischer Wachkörper, sondern untersteht den zivilen Disziplinarvorschriften. Die Mitteilungen, die der Herr Abg. Schneider gemacht hat, habe ich sofort der Gendarmerie zur disziplinären Behandlung übergeben. Daß nach den jetzigen Vorschriften das Verfahren so lange dauert, dafür kann ich nicht verantwortlich sein. Was die Anschuldigung betrifft, daß die Organe des Postens nicht in das Haus des Bürgermeisters kommen, der ein

Sozialdemokrat ist, so meine ich, daß es eher eine Auszeichnung für den Bürgermeister ist, wenn sie nicht kommen, denn die Gendarmen sind Sicherheitsorgane und haben nur für die Sicherheit der Person und des Eigentums zu sorgen, also nur dort Erhebungen zu pflegen und den Tatbestand aufzunehmen, wo sich etwas ereignet hat, oder den Täter ausforschen usw. Ich wiederhole nochmals, ich wäre sehr dankbar, wenn die Herren mir konkrete Fälle namhaft machen würden, die zur disziplinären Behandlung geeignet sind. Ich versichere von dieser Stelle aus nochmals feierlich, obwohl es ohnehin meine beschworene Pflicht ist, daß ich jeden Fall genau untersuchen werde. Nur bitte ich, nicht bloß generelle Vorwürfe zu machen, weil sonst der Diensteifer der Leute, die ja auch nicht in glänzenden Verhältnissen leben, erlahmen würde. Für mich ist es geradezu schmerzhaft, daß die Gendarmerie gewissermaßen zum Objekt der Parteifehde gemacht wird, denn ich bin überzeugt, daß unsere Gendarmerie stets bestrebt ist, unparteiisch selbstlos und objektiv zu arbeiten. (*Beifall.*)

Mosler: Ich mußte mich nochmals zum Worte melden, weil einzelne Ausführungen der Vorredner dringend der Erwiderung bedürfen. Ich habe am Schlusse meiner Ausführungen gesagt, ich bin überzeugt, daß selbstverständlich auch diese Frage, so sehr sie eigentlich nach dem Gerechtigkeitsgefühl jedes einzelnen und unabhängig von Parteimeinungen behandelt werden sollte, bewußt oder unbewußt vom Klassenstandpunkte behandelt wird. Der Verlauf der Debatte hat bewiesen, dass dies richtig ist. Es ist Tatsache, dass die einzelnen Herren ihren Klassenstandpunkt in den Vordergrund gestellt haben. Ich will demgegenüber, obwohl mein Appell an die relative Objektivität des einzelnen fast nichts gefruchtet hat, trotzdem auf das eingehen, was einer dringenden Erwiderung bedarf. Ich kann dabei einzelne Redner vielleicht ganz kurz abfertigen.

Herr Kollege Vas hat gemeint, dass in meinen Ausführungen sehr wenig Konkretes vorhanden gewesen sei. Ich meine, wenn das, was hier gesagt und festgestellt worden ist, nicht konkret genug ist, dann weiß ich nicht, was noch Konkretes geschehen muss, damit der Herr Kollege Vas davon befriedigt ist. Sowohl der Herr Kolleg Vas wie auch der Herr Kollege Wolf haben den Vertrag unbedingt verurteilt, den der Landarbeiterverband im Dezember d. J. unter dem stärksten Drucke der Bundesregierung abgeschlossen hat, der Bundesregierung, in der Ihre Parteigenossen sitzen und nicht unsere.

Unter dem Druck der Regierung Seipel und dem des Großgrundbesitzes - wie schon Herr Präsident Wimmer ausgeführt hat - nicht anzubauen, wenn es mit den ausländischen Arbeitern nicht zu einem Abschluss kommt, musste der Vertrag abgeschlossen werden. Es gehört der Mut - und ich habe den Mut dazu, es offen zu sagen - des Verantwortungslosen dazu, um ihr zu sagen, dass man einen solchen Vertrag auch nicht abschließen darf, Herr Kollege Wolf! In den Gewerkschaften gibt es diese Verantwortungslosigkeit nicht. Dort ist der Grundsatz maßgebend, mit Anwendung der kleinsten Mittel das Größtmögliche zu erreichen. Der Landarbeiterverband hat sich damals in der Situation befunden, in Ansehung der herannahenden großen wirtschaftlichen Krise, der Arbeitslosigkeit und des ungeheuren Druckes der Großgrundbesitzer diesen Vertrag notgedrungen abschließen zu müssen. Es kann nur jemand, der von diesen Dingen absolut keine Ahnung hat, kommen und sagen, dass dieser Vertrag nicht abgeschlossen hätte werden dürfen. Man weiß, dass insbesondere die Partei des Herrn Kollegen Wolf in realpolitischen Dingen schon ganz andere Dinge als hier gemacht hat, und man hat in dem Moment, in dem sich die Seipelsanierung ausgewirkt hat gesehen, dass diese Situation und diese Tatsache dahin führen muss, dass der Import ausländischer Arbeiter wirklich nur dazu dient, um die Arbeitslosigkeit im Lande zu verschärfen, aber auch den Lohndruck auf das höchste zu steigern und hier in diesem Lande damit zu beginnen, die Errungenschaften der Arbeiter überhaupt abzubauen. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit gewesen, sich dagegen zur Wehr zu setzen, und zwar für alle, die die Interessen der Arbeiter nicht nur aus politischen und parteipolitischen Belangen vertreten, sondern denen es auch Herzensbedürfnis ist, weil sie selbst aus der Arbeiterschaft stammen. Wenn der Herr Kollege Gangl bei dieser Gelegenheit gesagt hat daß wir zwar immer über die Seipelsanierung schimpfen, selbst aber nichts besseres vorschlagen können, so halte ich es deswegen für notwendig darauf zu antworten, weil dieses ganz falsche Schlagwort gerade im Burgenland immer wieder hinausgetragen und in den Zeitungen breitgetreten wird und weil immer wieder gesagt wird, daß wir zwar über die Sanierungsaktion

schimpfen, aber an ihre Stelle nichts besseres setzen können. Dazu möchte ich nur das eine sagen, daß unser Parteigenosse Dr. Otto Bauer schon lange vor dem Seipelschen Sanierungsplan einen Sanierungsplan veröffentlicht hat, den auch die bürgerliche Volkswirtschaft — ich verweise da auf Dr. Stolper — anerkannt hat und von dem sie gesagt hat, daß es auf diese Art und Weise möglich ist, die Sanierung Österreichs durchzuführen. Allerdings ist die Sanierung des Dr. Otto Bauer nicht so geartet wie die Seipelsanierung, sie belastet nicht die arbeitenden und erwerbenden Stände auf das schärfste und läßt die Kapitalisten, die Großbanken, den Großgrundbesitz und die Großindustrie nicht vollständig aus, sondern sie verlegt das Schwergewicht der Sanierung auf die Großbanken, die Großindustrie und den Großgrundbesitz und entlastet die arbeitenden und erwerbenden Schichten der Bevölkerung — und das sind nicht nur die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch das Klein-gewerbe und das Kleinbauerntum. Sie, die Sie die Trabanten des Großkapitals und des Großgrundbesitzes sind, können auf mich weisen und mich beschimpfen so viel sie wollen! Ich werde diese Feststellung immer wieder machen. Daß Sie als die Trabanten des Großkapitals eine solche Sanierung so lange Sie nur halbwegs die Macht in der Hand haben, nicht zugeben werden, das ist für uns selbstverständlich. Aber die Lüge zu sagen, daß wir an Stelle ihrer Sanierung — die uns aus diesem Sumpf ja nicht herausbringt, sondern nur immer tiefer hineinführt und die überhaupt keine Sanierung darstellt — nichts anderes setzen können, diese Lüge muß ich entkräften und kann ich auch entkräften! Das möchte ich ganz entschieden feststellen.

Der Herr Abg. Kögl hat die ganz besondere Anmaßung besessen, hier zu sagen, daß er die Arbeiter zwar in Schutz nehme, daß aber die Führer der Arbeiter oder wenigstens ihre Vertrauensmänner zum größten Teil nicht nur schlechte, sondern auch ausgesprochen verbrecherische Wege gehen und daß ein großer Teil von ihnen im Landesgericht sitze oder gesessen sei. Ich will auf diese Ausführungen nicht weiter eingehen und kann nur feststellen, daß das hier nun einmal gesagt werden konnte und daß wir hierauf ganz energisch zu antworten haben, daß derlei Dinge hier nicht mehr gesagt werden können. Wenn auch Verfehlungen einzelne unserer Vertrauensmänner Tatsache sind, so ist das doch bei allen anderen Parteien ganz genau so der Fall und wenn Sie uns einzelne solcher Fälle vorhalten wollen, so muß ich sagen, daß es in großen Parteien nun einmal nicht anders ist und daß wir Ihnen auch mit solchen Fällen dienen können. Wohin aber eine solche Diskussion dann führen soll, das weiß ich nicht. Auf einem solch tiefen Niveau kann doch eine Auseinandersetzung über große politische Fragen nicht geführt werden und ich bitte die christlichsozialen Herren Kollegen, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich möchte zum Schlusse nur feststellen, daß wir nicht — wie es der Herr Abg. Wolf gedreht hat und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Leser hat dies ja in glänzender Weise charakterisiert — gegen die Gendarmerie nur allgemeine Angriffe gemacht haben. Das ist nicht richtig! Der Herr Landeshauptmann hat ausgeführt, daß die Gendarmerie des Burgenlandes ihren Dienst tut und seit der Besetzung große Opfer für das Burgenland gebracht hat. Ich habe dasselbe in meiner Rede betont, die ich zuerst in dieser Frage gehalten habe. Ich wiederhole: Wir wissen, welch große Opfer die Gendarmerie gebracht hat und welch schweren Dienst sie hat. Aber damit kann nicht entschuldigt werden, wenn einzelne Elemente sich ungesetzliche Übergriffe erlauben und wenn der Herr Abg. Wolf in seiner Rede erklärt hat, daß er dem ersten Teil der Resolution beistimme, nicht aber dem zweiten Teil, der die Untersuchung verlangt, so muß ich schon sagen, daß ich nicht begreife, auf welches Gebiet er sich da begeben hat. Wenn man gegen die Gendarmerie Angriffe richtet — und das gilt ja allgemein für alle, gegen die Angriffe erfolgen — so hat sie selber, ob diese Angriffe berechtigt sind oder nicht, ein großes Interesse daran, daß die Unrechtmäßigkeit dieser Angriffe festgestellt werde — und das kann nur durch eine Untersuchung geschehen! Eine Verhinderung der Untersuchung aber wäre meiner Meinung nach geradezu eine Beleidigung der Gendarmerie. Dann will ich aber auch feststellen, daß wir gegen die Gendarmerie nicht Angriffe im allgemeinen gemacht haben, sondern Angriffe gegen einzelne Organe, die sich tatsächlich Übergriffe erlaubt haben und die glauben, daß sie sich in einer geschützten Situation befinden. Ich begreife die Ausführungen des Herrn Abg. Wolf deshalb nicht, weil es nicht gerecht ist, wenn man eine Seite, die Arbeiter, die irgend was Ungesetzliches begangen hat, bestraft

wird und die andere Seite nicht, die auch vielleicht etwas Ungesetzliches begangen hat. Durch eine Untersuchung muß die Schuld festgestellt werden und deswegen verlangen wir diese Untersuchung, damit nicht die andere Seite straflos ausgeht und deshalb muß die Untersuchung durchgeführt werden! Der Abg. Wolf hat Unglück mit seinen Ausführungen gehabt. Er hat geredet, weil er in sich das Bedürfnis fühlt, überhaupt zu reden. Aber vielleicht wird er mit der Zeit doch dahinkommen, daß er das in einer geschickteren Weise macht.

Und nun möchte ich bitten, den Resolutionsantrag unverändert anzunehmen. (*Lebhafter Beifall.*)

Wolf: (*Tatsächliche Berichtigung*). Hoher Landtag! Es sei mir gestattet, trotz der Länge der Debatte noch in einigen kurzen Worten darauf zurückzukommen, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Leser gesagt hat. Es wundert mich zunächst, daß der Landeshauptmann-Stellvertreter geglaubt hat, aus meiner Rede entnehmen zu können, daß ich seinen Worten keinen Glauben schenke und seinen Worten Unwahrheit imputiere. Davon ist in meiner Rede kein Wort enthalten. Im Gegenteil, ich gebe gerne zu, daß er als Landeshauptmann-Stellvertreter in mäßiger, objektiver Weise gesprochen hat. Dieses Zeugnis kann ich ihm aber für seine Rede, die er von diesem Tische aus gehalten hat, nicht ausstellen. Da ist allerdings einigermaßen schon der Parteimann zum Ausdruck gekommen und wenn er mir zum Vorwurf macht, respektive meine Verteidigungsworte für die Gendarmerie so zu deuten, sich bemüßigt fühlt, daß ich dadurch in der Vergangenheit begangene Fehler gut machen will, so möchte ich auf folgendes aufmerksam machen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, es ist mir angenehm, daß diese Sache zur Sprache gebracht wird. Es ist mir bekannt, daß ich Angriffen von seiten der Beamenschaft in Sauerbrunn wegen meiner letzten Landtagsrede ausgesetzt gewesen bin. Ich erkläre aber hier, daß ich keinen Grund habe, auch nur ein einziges Wort davon zurückzunehmen. Ich erkläre hier — und wenn Sie mir nicht glauben, so sehen Sie im stenographischen Protokoll nach —, daß ich damals einzelne Fälle herausgegriffen habe. Zu verallgemeinern oder meine Worte so aufzufassen, als wären sie gegen die österreichische Beamenschaft als solche gerichtet gewesen, dagegen muß ich mich, wie damals, auch heute energisch verwahren.

Aufgabe und Pflicht war es für mich, die tatsächliche Zurücksetzung der burgenländischen Beamten hervorzuheben und abzustellen. Alle Herren haben mir damals Beifall geklatscht. Ich glaube also sagen zu dürfen, aus dem Herzen und der Seele aller gesprochen zu haben und infolgedessen sind Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, sowohl als Parteimann wie auch als Regierungsbeamter am allerwenigsten berechtigt, die Sache so darzustellen, als hätte ich aus Angst darüber, den sogenannten letzten Teil meiner Wählerschaft zu verlieren, mich so sehr für die Gendarmerie eingesetzt. Sie erinnerten mich auch, daß ich die sogenannten „besoffenen Eisenbahner“ verloren habe. Ich sage gar nicht, daß etwa Mut dazu gehört, sondern es ist einfach der kategorische Imperativ des Pflichtbewußtseins, Fehler auch dann zu geißeln, wenn sie auf der Seite der eigenen Partei vorkommen. Mir daraus einen Vorwurf zu machen, ist gerade seitens einer Partei sehr unangemessen, die so viel Objektivität und Gerechtigkeitssinn für sich in Anspruch nimmt.

Zweiter Präsident Burgmann: Ich bitte nur zur tatsächlichen Berichtigung zu sprechen.

Wolf: Was den Resolutionsantrag anlangt, so ist gesagt worden, daß der zweite Teil deshalb von mir verworfen wird, weil darin die Gendarmerie angeblich verdächtigt wird. Ich habe das mit keinem Wort gesagt und habe mich nicht dagegen gewehrt, daß man die Untersuchung einleitet. Ich bin nur dagegen, daß die Untersuchung vom Landtag aus angeregt wird. Wenn Verfehlungen vorgekommen sind, wird die Untersuchung durchgeführt werden. Ich bin dagegen, daß ein Korps, welches sich tadellos benommen hat, das wohl gewisse Fehler hat — ich gebe das ebenso zu wie Sie — von hier aus verklagt werden soll, als wäre ein Staatsverbrechen begangen worden. (*Ruf links: Im Interesse der Gendarmerie ist das notwendig!*)

Zweiter Präsident Burgmann: Der Herr Abg. Mosler hat einen Beschlußantrag gestellt; ich bringe

ihn zur Abstimmung.

Vas: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. Ich beantrage, die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen.

Zweiter Präsident Burgmann (*nach Unterbrechung und Wiedereröffnung der Sitzung*): Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Wolf.

Wolf: Ich beantrage, daß über den Antrag der sozialdemokratischen Partei punktweise abgestimmt wird. Ich bitte daher, auch jeden Punkt einzeln vorher zu verlesen.

Zweiter Präsident Burgmann: Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag stimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Ich bitte um die Gegenprobe. (*Pause.*) Der Antrag ist angenommen. Bei der punktweisen Abstimmung wird der 1. Punkt angenommen, der 2. u. 3. Punkt abgelehnt. Wir gelangen zur Beratung der heute eingebrachten Dringlichkeitsanträge.

Schriftführerin Zull (*Liest*).

Dringlichkeitsantrag des Abg. Mosler und Genossen, betr. Errichtung eines Gewerbegerichtes in Eisenstadt.

Es wird beantragt:

„Die Landesregierung wird beauftragt, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, damit ehebaldigst das projektierte Gewerbegericht in Eisenstadt errichtet werde.“

Mosler (*zur Begründung der Dringlichkeit*): Hoher Landtag! Ich begründe die Dringlichkeit damit, dass vor einigen Monaten im Parlament in Wien ein neues Gewerbegesetz beschlossen worden ist, in dem bestimmt wurde, dass in allen jenen Sprengeln, in denen ein Einigungsamt, aber kein Gewerbegericht bestellt, ein Gewerbegericht errichtet werden soll. Es ist dies eine Bestimmung zwingenden Rechtes. Derjenige, der einige juristische Bildung hat, weiß, dass Bestimmungen, die nicht zwingenden Rechte sind, nicht unbedingt eingehalten werden müssen. Hier handelt es sich aber um eine Bestimmung zwingenden Rechtes und trotzdem hat der Ersparungskommissär Hornik, als im Burgenland ein Gewerbegericht errichtet werden sollte - und obwohl hier in Eisenstadt bereits ein Einigungsamt für das ganze Burgenland besteht - , gegen die Errichtung des Gewerbegerichtes Einspruch erhoben, dass sie zu große Kosten verursachen. Das ist aber nicht richtig, weil das Bezirksgericht auch die Agenten des Gewerbegerichtes erledigen muss, es besteht nur der Unterschied, dass die Beisitzer der Arbeiterschaft neben den Beisitzern der Unternehmer und den Berufsrichtern sitzen und über alle Klagen, die aus dem Arbeitsverhältnis erfließen, Recht sprechen. Dieser Einspruch des Ersparungskommissär Hornik ist absolut ungesetzlich und beeinträchtigt meiner Meinung nach die Autonomie des Landes ganz hervorragender Weise; deshalb ersuche ich Sie, dem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung zu geben. Derartige ungesetzliche Zustände dürfen im Staate nicht einreißen, weil mit dem Niederbruch des Rechtes der Niederbruch des gesamten staatlichen Lebens Platz greifen müsste.

Zweiter Präsident Burgmann: (*Abstimmung*). Die Dringlichkeit ist abgelehnt, der Antrag wird im Rechtsausschuss zugewiesen. Schriftführerin Zull verliest den Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Koch, betreffend die Auflassung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Lehrlinge.

Koch: (*Zur Begründung der Dringlichkeit*): Hohe Landtag! Da die Zeit schon so weit fortgeschritten ist, ziehe ich meinen Antrag als Dringlichkeitsantrag zurück und bitte ihn als gewöhnlichen Antrag weiterlaufen zu lassen und dem Ausschuss zuzuweisen.

Zweiter Präsident Burgmann: der Antrag wird somit dem Ausschuss zugewiesen. Es liegt kein

Verhandlungsgegenstand mehr vor. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg einberufen werden.
Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 19 Uhr 40 Minuten).